Infoladen
Koburger Str. 3 · 04277 Leipzig
Telefon (0341) 3 02 65 04
www.infoladen_leipzig

ARCHIVEXEMPLAR
KEIN VERLEIH
INFOLADEN LEIPZIG

:antifaschistische nachrichten Nr. 6
g 3336 27.3.2008 24. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

Skandalöse Habsburg-Rede in Wien

ÖSTERREICH/WIEN. Aus Anlass des 70. Jahrestages des „Anschlusses" Österreichs an Nazi-Deutschland 1938 hatte die konservative „Österreichische Volkspartei" (ÖVP) Mitte März zu einer Feierstunde ins Parlament eingeladen. Zu den Rednern der Veranstaltung gehörte auch der Sohn des letzten österreichischen Kaisers, Otto von Habsburg (95). „Paneuropäer" Habsburg überraschte die Zuhörer, darunter viele ÖVP-Parlamentarier und Schüler, mit einer ganz eigenwilligen Interpretation der Geschichte. Es gebe keinen Staat in Europa, so Habsburg, „der mehr recht hat, sich als Opfer zu bezeichnen". Die Deklaration der Alliierten in Moskau von 1943, in der die Mitverantwortung Österreichs verankert wurde, bezeichnete Habsburg als einen großen „Akt von Heuchelei und Lüge" (RP 13.3.08). Aus 250.000 bis 300.000 NS-Anhängern, die Hitler am 15. März 1938 auf dem Heldenplatz gefeiert hatten, wurden in Habsburgs Rede 60.000 und eine „Selbstverständlichkeit", die er mit der Harmlosigkeit eines Fußballspiels verglich. Die auch „in einen Nebenraum übertragene Rede Habsburgs wurde mehrmals von tosendem Applaus und sogar Jubelrufen unterbrochen" (NZZ-Online 14.3.08).

Ex-Bundeskanzler Schüssel sah sich veranlasst, die von Habsburg vorgetragene Geschichtsauffassung vorsichtig zu relativieren. Die Österreicher seien „leider auch Täter geworden", so Schüssel, und die Menschenmassen, die Hitlers Auftritt auf dem Heldenplatz bejubelt hatten, seien auch nicht so harmlos wie bei einem Fußballspiel gewesen. Der sozialdemokratische Minister Darabos bezeichnete Habsburgs Rede als „veritablen demokratiepolitischen Skandal", eine Verhöhnung der Opfer des Nazi-Regimes und forderte eine Distanzierung der ÖVP von Habsburgs Aussagen. *hma* ■

Aus dem Inhalt:

Stichwahl in Frankreich: FN kann nicht punkten 7
2000 demonstrierten gegen Überwachungsstaat 15

Zug der Erinnerung jetzt auf dem Weg nach Hamburg. Vom 13.- bis 15. März machte er in Köln Station. Bericht Seite 4 und 5 Foto: www.arbeiterfotografie.com

Friedensbewegung zieht positive Bilanz

Ostermärsche bei Frost, Schnee und Regen

KASSEL, 24. MÄRZ 2008. Durchgefroren, aber guten Muts. So etwa fühlten sich die Friedensaktivistinnen und -aktivisten, die die rund 90 Ostermärsche in allen Teilen des Landes organisiert und durchgeführt haben. Auch wenn man das Wetter nicht immer auf seiner Seite hatte: Der Zuspruch zu den Friedensdemonstrationen war eher größer als im vergangenen Jahr. Ein aufmunterndes Ergebnis, wenn man an die bevorstehenden Herausforderungen der Friedensbewegung denkt.

Die Ostermärsche waren von drei zentralen Themen beherrscht: Den Kriegen in Afghanistan und im Irak sowie der fortdauernden Eskalation des israelisch-palästinensischen Konflikts. Zu Afghanistan hatte die Friedensbewegung schon im Vorfeld ihre Positionen klar formuliert: Eine Chance für eine Beendigung des Krieges könne es nur geben, wenn die Besatzungstruppen einschließlich der Bundeswehr das Land verlassen. Das krasse Missverhältnis zwischen den Ausgaben für das Militär und den Ausgaben für den zivilen Aufbau (Relation etwa 10 zu 1) müsse umgekehrt werden. Andernfalls drohe eine weitere Irakisierung der Kämpfe. Sollte die Bundesregierung ihr Vorhaben in die Tat umsetzen und zusätzliche Kampftruppen nach Afghanistan entsenden, dann drohe Deutschland über kurz oder lang sein eigenes Vietnam. Viele Ostermarschteilnehmer/innen nutzten die Gelegenheit und unterschrieben eine Petition der Friedensbewegung, in der die Bundestagsabgeordneten aufgefordert werden, einer Verlängerung oder Ausweitung des Bundeswehreinsatzes in Afghanistan nicht mehr zuzustimmen.

Fünf Jahre nach dem Einmarsch in den Irak stellt sich auch dort die Situation für die Besatzungsmächte desaströs dar. Die Friedensbewegung erinnerte in zahlreichen Ostermarsch-Aufrufen und Reden an die Tatsache, dass die Bundesregierung, obwohl nicht direkt am Krieg beteiligt, den völkerrechtswidrigen Krieg der USA, Großbritanniens und anderer Alliierter dadurch unterstützt und fördert, dass den US-Streitkräften unwidersprochen Militärbasen in Deutschland zur Verfügung stünden, von denen aus die tödliche Fracht in den Irak transportiert würde. Berlin müsse den Luftraum für solche Militäroperationen sperren und könne dies auch. Das grundgesetzliche Verbot der Beihilfe zu einem Angriffskrieg gebiete dies sogar.

Nach Überzeugung des „Friedensratschlags" hat der Irakkrieg die Lage im gesamten Nahen Osten weiter destabilisiert.

weiter Seite 3

Sammlerfreuden

BULGARIEN/SOFIA. Die bulgarische Armee hat mit der Versteigerung alter Panzer aus deutscher Produktion begonnen. Die mit Nazi-Deutschland verbündete bulgarische Führung hatte während des 2. Weltkriegs über 200 Kampf- und Jagdpanzer geliefert bekommen. Die Panzer dienten nach Kriegsende an der Grenze zur Türkei als Panzersperren. Es gebe ein großes Interesse von Sammlern, so der für die Versteigerung zuständige General. *hma* ■

Ermittlungen gegen Polizisten

NEUWIED. Gegen mehrere Polizisten aus Neuwied ermittelt derzeit die Koblenzer Staatsanwaltschaft. Die Polizisten stehen unter dem Verdacht der Körperverletzung im Amt. Ihnen wird vorgeworfen, einen 32-jährigen Mann mit türkischer Staatsbürgerschaft in Polizeigewahrsam verprügelt und auf rassistische Art beleidigt zu haben. Während ein Polizist zugeschlagen habe, hätten mehrere andere Beamte nur zugesehen, ohne einzugreifen. *hma* ■

Frings (NPD) redet auf Serben-Demonstration

KÖLN. Etwa 400 Serben hatten sich am Sonntag, den 2. März, auf dem Kölner Neumarkt versammelt, um gegen die Unabhängigkeitserklärung des Kosovo zu demonstrieren. Beifall bekam auch ein Redner, der sich, laut Veranstalter, als „Doktor' vorgestellt und spontan um einen Redebeitrag auf der Kundgebung gebeten hatte: Benedikt Frings.

Der Diplom-Psychologe ist in Köln kein Unbekannter. Bis 2006 war Frings Kreisgeschäftsführer der Kölner NPD. Im gleichen Jahr nahm er an der Holocaustleugner-Konferenz in Teheran teil. Im April soll das NPD-Mitglied bei der neofaschistischen „Gesellschaft für freie Publizistik' referieren.

Auf der Kundgebung am Neumarkt hetzte Frings gegen Jüdinnen und Juden, Freimaurer und eine „Achse des Bösen", zu denen er Washington, Tel Aviv und London zählt. Sie seien an der Abspaltung des Kosovo schuld und strebten eine Eine-Welt-Diktatur an. „Und wie soll der Gruß dieser Regierung heißen?", fragte Frings die Anwesenden in seiner teilweise wirren Rede und viele antworteten ihm im Chor: „Shalom".

Abspaltungstendenzen wittert Frings sogar schon in Köln. So könne mit Blick auf den hohen Migrationsanteil in manchem Kölner Stadtteil „auch uns passieren, dass sich Teile für unabhängig erklären", meinte Frings. Nachdem die Organisatoren um das Serbien-Forum darauf hingewiesen wurden, wer „Doktor" Frings sei, distanzierten sie sich von Frings Auftritt und den Inhalten seiner Rede.

Auch die Serbische Gemeinde zu Berlin, der Weltkongress der Serben und alle weiteren Vereine, die am 8. März zu einer zentralen Demonstration in Berlin aufgerufen hatten, distanzierten sich von dem „skandalösen Auftritt" des NPDlers Frings. Für Frings zeugt dies von „Kriecher-Mentalität". Es sei eine Schande für die Serben, sich im Nachhinein so ängstlich zu zeigen.

Der serbischen Gemeinde ist nur zu wünschen, dass sie aus diesem Vorfall lernt und künftig auch kritisch mit nationalistischen, rassistischen und antisemitischen Tendenzen in den eigenen Reihen umgeht. *abk* ■

Erschreckende Zunahme rechter Gewalt in Bayern

MÜNCHEN. Angesichts der erschreckenden Zunahme rechtsextremer Gewaltdelikte in Bayern haben die Landtagsgrünen von der Staatsregierung Konsequenzen eingefordert: „Seit Jahren müssen wir feststellen, dass Jugendliche auch in Bayern vermehrt anfällig für braunes Gedankengut sind", sagte die rechtspolitische Sprecherin Christine Stahl. Dennoch habe die Staatsregierung bislang nichts unternommen, um die Präventionsarbeit gegen rechts zu stärken: „Es ist entscheidend, Jugendliche frühzeitig gegen rechte Agitatoren zu sensibilisieren, ihnen eine soziale Perspektive zu bieten und ihr demokratisches Bewusstsein zu schärfen." Stattdessen aber gebe es an den bayerischen Schulen weder genügend Schulsozialarbeit noch entsprechende Projekte zur Demokratieerziehung.

„Es ist eine Bankrotterklärung, wenn die Justizministerin nun als einzige Maßnahme gegen rechtsextremistische Straftaten den umstrittenen Gesetzentwurf für ein neues Versammlungsrecht nennen kann", kritisierte Christine Stahl. Eine Verschärfung des Grundrechts auf Versammlungsfreiheit treffe alle Bürgerinnen und Bürger, die friedlich ihren Protest anmelden wollten. „Ein härteres Versammlungsrecht wird keine einzige fremdenfeindliche Gewalttat verhindern. Was wir stattdessen dringend brauchen, ist mehr Geld und staatliches Engagement, um gefährdete Jugendliche frühzeitig gegen die braunen Hetzer immun zu machen."

http://www.gruene-fraktion-bayern.de/ ■

Gedenkort zu versteigern?

BREMEN. Große Empörung lösen in Bremen Pläne der Bundeswehr aus, den U-Boot-Bunker „Valentin" zum Verkauf anzubieten. 1943-45 starben auf der Bunkerbaustelle rund 3.500 KZ-Häftlinge an Entkräftung oder wurden erschlagen, zu Tode getreten oder in den Beton gestoßen. 10-12.000 Menschen aus allen von der Hitlerwehrmacht besetzten Ländern Europas mussten tagtäglich auf dieser Baustelle Sklavenarbeit leisten, Kriegsgefangene, Zwangsarbeiter, KZ-Häftlinge, viele von ihnen nach einem täglichen Anmarsch von 4,5 km.

Erst Ende Juni letzten Jahres eröffnete der Staatssekretär des Bundesverteidigungsministeriums im Bunker eine Ausstellung über den Denkort Lagerlandschaften und Bunkerwelt, über Ursache und Hintergründe für die Bunkerplanung, Verschleppung von Abertausenden von KZ-Häftlingen, Lebensbiographien und Perspektiven für eine Erinnerungskultur.

Die Bundesmarine nutzt große Teile des Bunkers als Materialdepot, wird sich aber in zwei Jahren da rausziehen. War es seit vielen Jahren möglich, das zu Kriegsende durch Bomben teilweise zerstörte hintere Drittel des 451 m langen, 80 m breiten und 15-27 m hohen Bunkers zu besichtigen, so ist das aus Sicherheitsgründen nicht mehr möglich.

Aber auch die sehenswerte Ausstellung im Mittelteil des Bunkers ist seit dem Wechsel des Standortkommandos nur nach Durchlaufen einer Sicherheitsprüfung möglich und am Wochenende bis auf vier Ausnahmen schon gar nicht (der Brandschutz ist nicht gewährleistet).

Bremen ist nicht in der Lage die auf 700.000 Euro jährlich veranschlagten Unterhaltungskosten alleine zu tragen, die Bundeswehr möchte sich ihrer Verantwortung entziehen, der Kulturstaatssekretär winkt ab. In Bremen gibt es bislang keine Gedenkstättenstiftung, ohne regelmäßigen Bundeszuschuss ist der Verfall der einzigen vollständigen Bunkeranlage in Deutschland abzusehen.

Bürgermeister Jens Böhrnsen appellierte an den Bund, seine Verantwortung zu übernehmen. Das Verkaufsangebot im Internet enthält nicht einen Hinweis auf die Vergangenheit und Bedeutung des menschenvernichtenden U-Boot-Bunkers.

Als antifaschistische Organisation befürchten wir das völlige Vergessen faschistischer Verbrechen, KZ-Haft und Zwangsarbeit. Statt den Bunker langsam dem Verfall preiszugeben, sollte die Bundesrepublik die notwendigen Mittel in einer gemeinsam mit der Wirtschaft gestalteten Stiftung aufbringen.

Raimund Gaebelein, VVN-BdA
aus Bremer Antifaschist, 4-2008 ■

Fortsetzung Ostermärsche S. 1

Dies bekämen nicht zuletzt die Palästinenser zu spüren, denen seit Jahren die Gründung eines lebensfähigen Staates an der Seite Israels verwehrt wird. 60 Jahre Israel zu feiern – wie das die Bundeskanzlerin vor wenigen Tagen getan hat –, ist daher nur die halbe Wahrheit. Wer dabei das Schicksal der Palästinenser vergisst, macht sich zum Verbündeten der einen Seite und faktisch zum Gegner der anderen Seite. Einen Friedensprozess kann es im Nahen Osten aber nur geben, wenn alle Konfliktparteien gleichberechtigt daran beteiligt werden.

Auch der Terrorismus der einen Seite wird nur aufhören, wenn der (Staats-)Terrorismus der anderen Seite ebenfalls aufhört. Der Bundeskanzlerin wurde zugerufen: „Menschenrechte sind unteilbar. Nicht nur in Tibet, sondern auch im Nahen Osten!"

Selbstverständlich ist der Umfang der bei den Ostermärschen angesprochenen Themen und Probleme damit längst nicht erschöpft. Die Friedensbewegung lebt schließlich auch von ihrer Vielfalt. Und die Ostermärsche waren immer auch eine Gelegenheit, die ganze Bandbreite der friedenspolitischen Themen darzustellen. So wurde etwa die Militarisierung der Europäischen Union genauso verurteilt wie die Umwandlung der NATO von einem Verteidigungspakt in ein weltweit einsetzbares Interventionsbündnis. Vielerorts, vor allem in den großen Städten, spielte die Kurdenfrage eine große Rolle und häufig wurde auf die anhaltende Gefahr einer Aggression gegen den Iran hingewiesen. An vielen Orten war auch der Versuch spürbar, an die Kämpfe und Forderungen der sozialen Bewegungen und der Gewerkschaften anzuknüpfen. Kritik an den steigenden Rüstungs- und Militärausgaben (weltweit aber auch in Deutschland) mündete in die griffige Forderung: „Abrüstung statt Sozialabbau!".

Der breite Protest in Fretzdorf um die Verhinderung des „Bombodroms" – auch in diesem Jahr wieder der größte Ostermarsch – ist das hervorstechende Beispiel für die Praxis der Friedensbewegung, vor den Einrichtungen zur täglichen Kriegsvorbereitung (z.B. US-Stützpunkte in Ramstein, Grafenwöhr oder Katterbach) zu demonstrieren. Erstmals war z.B. dieses Jahr der Truppenübungsplatz Ohrdruf in Thüringen Ziel einer Osterdemonstration.

Die Friedensbewegung hat mit den Ostermärschen ihre Wetterresistenz, ihre Vielfalt und ihren Elan unter Beweis gestellt.

Für den Bundesausschuss Friedensratschlag: Peter Strutynski (Sprecher) ■

NPD-Spitzen werden vom Schweriner Landtag bezahlt

SCHWERIN. Der bei der Landtagswahl in Niedersachsen gescheiterte Spitzenkandidat der rechtsextremen NPD, Andreas Molau, ist seit Anfang März 2008 Mitarbeiter der NPD-Landtagsfraktion im Schweriner Landtag, bestätigte ein Sprecher der Fraktion. Der rechtsextreme Publizist und NPD-Fuktionär sei damit das dritte Bundes-Vorstandsmitglied der NPD, das über eine Anstellung aus Mitteln der Schweriner Fraktion bezahlt wird, berichtet die Schweriner Volkszeitung (SVZ) am 6. März 2008. Molau war bis 2004 acht Jahre lang Lehrer an der Waldorf-Schule in Braunschweig. Wegen seiner rechtsextremen Aktivitäten wurde ihm gekündigt.

Weitere Mitarbeiter der NPD-Fraktion im Schweriner Landtag seien der stellvertretende Bundesvorsitzende und Generalsekretär Peter Marx als Fraktionsgeschäftsführer und der Berliner Bezirksabgeordnete und rechtsextreme Liedermacher Jörg Hähnel als Bundesvorstandsmitglieder. Bislang war auch der Landesvorsitzende der NPD Saarland, Frank Franz, Fraktionsmitarbeiter in Schwerin. Mit dem Landesvorsitzenden und Abgeordneten Stefan Köster sei ein Fünfter der 21 Bundesvorstandsmitglieder der rechtsextremen Partei Mitarbeiter oder Abgeordneter im Landtag Mecklenburg-Vorpommerns. *Axel Holz* ■

Jüdischer Friedhof und jüdisches Denkmal in Rheine geschändet

RHEINE. In der Nacht von Samstag (8.3.2008) auf Sonntag (9.3.2008) wurde das jüdische Denkmal an der Salzbergenerstraße Ecke Neuenkirchenerstrraße und der jüdische Friedhof an der Mühlenstraße von Neofaschisten mit Haken-

kreuzen und rechten Parolen beschmiert. Der Gedenkstein für die ehemalige jüdische Synagoge an der Salzbergener-straße wurde in der Nacht vom 8. auf den 9. März 2008 mit einem Hakenkreuz besprüht, der Gedenkkranz, der im Gedenken an die Opfer des Holocaust von der Stadt Rheine davor niedergelegt wurde, wurde beschädigt. Und auch die Gedenktafel am jüdischen Friedhof an der Mühlenstaße wurde mit SS - Runen und einem Hakenkreuz verunstaltet, auf die Umrandungsmauer „Glaubt nicht ihren Lügen" gesprüht.

Die Auswahl der Ziele lässt auf eine geplante Aktion schließen, da der jüdische Friedhof an der Mühlenstraße nicht sehr bekannt ist.

Des Weiteren wurden mehrere Nazischmierereien im Innenstadtbereich (Emstribüne; Ketteler Ufer), an der Salzbergenerstraße und Riegelstraße gesprüht. Einige Stolpersteine, die an während der NS-Zeit deportierte und ermordete jüdische Mitbürger aus Rheine erinnern, wurden übersprüht.

Dieser Vorfall ist nur der Höhepunkt einer Kette von Neonazi Schmierereien, denn schon vor ca. drei Wochen wurden an einem Fabrikgebäude an der Hovestraße und an Bushaltestellen Hakenkreuze gesprüht. Das Hakenkreuz am jüdischen Denkmal an der Salzbergenerstraße wurde bereits von aufmerksamen Mitbürgern abgedeckt.

www.antifa-netzwerk.de ■

Antifa-Spaziergang in Ludwigshafen

LUDWIGSHAFEN. Am Samstagnachmittag, dem 15.3.2008 führten etwa 30 AntifaschistInnen einen Antifa-Spaziergang in Ludwigshafen durch. Ziel war die öffentliche Thematisierung rechter Strukturen und Ideologie sowie das Entfernen bzw. Überkleben von Nazi-Propaganda. Der Spaziergang führte durch die Innenstadt und den Stadtteil Süd, wo hunderte Flugblätter verteilt und Nazi-Aufkleber und Schmierereien überklebt wurden. Der Stadtteil Süd ist besonders beliebt bei Nazis, die dort teilweise wohnen und sich in rechtsoffenen Kneipen treffen.

Ludwigshafen gilt als rechte Hochburg in der Rhein-Neckar-Region. Immer wieder kommt es zu Übergriffen von Nazis und RassistInnen. Die Kameradschaften um das „Aktionsbüro Rhein-Neckar", die NPD, die Republikaner und andere Nazi-Zusammenhänge sind dort aktiv. In der Stadt wohnen bundesweit relevante Nazi-Kader wie Matthias Herrmann, führendes Mitglied des Aktionsbüros, und Malte Redeker, Unternehmer in Sachen Nazi-Rock-Musik und Betreiber des Internetversandes „Gjallarhorn Klangschmiede". ...

Die TeilnehmerInnen sahen den Spaziergang als Erfolg: „Immer wieder kleine Aktionen machen, die Nazis ins Licht der Öffentlichkeit zerren ... Das muss Teil einer kontinuierlichen Antifa-Politik sein", kommentierte eine Teilnehmerin.

AK Antifa Mannheim c/o Jugendzentrum in Selbstverwaltung ■

Kein Platz für „Zug der Erinnerung" auf dem Hamburger Hauptbahnhof?

Auf dem Hamburger Hauptbahnhof steht kein Bahnsteig für das Gedenken an die deportierten Kinder und Jugendlichen der NS-Zeit zur Verfügung. Dies hat die Bahn AG dem „Zug der Erinnerung" jetzt mitgeteilt. Mehr als 1000 Hamburger Kinder und Jugendliche wurden über Hamburger Bahnhöfe in die Konzentrations- und Vernichtungslager deportiert und ermordet – und hier bei uns in Hamburg gibt es keinen Platz für ein würdevolles Gedenken und Erinnern dort, wo die Kinder auf ihre Fahrt in den Tod gezwungen wurden?

Wir sind sprachlos und entsetzt. Der „Zug der Erinnerung" hat bisher in 43 Städten der Bundesrepublik auf Hauptbahnhöfen gestanden und 145.500 Menschen haben die Ausstellung besucht. Im April wird der Zug auch für einige Tage in Berlin erwartet. Die letzte Etappe endet am 8. Mai in der Gedenkstätte KL Auschwitz in Oswiecim, Jugendliche und Vertreter zahlreicher internationaler Medien begleiten ihn dann.

Am Ostermontag, 24. März 2008, wird der Zug im Hamburger Hauptbahnhof erwartet. Shoa-Überlebende aus Hamburg, Israel und New York wollen ihn dort um 15 Uhr begrüßen. Für Hamburg ist ein sechstägiger Zugaufenthalt geplant.

Erst am Montag bestätigte die DB AG, dass der Hamburger Hauptbahnhof für das geplante Gedenken gesperrt wird. Dafür seien „bahnbetriebliche" Gründe maßgebend, um die planmäßige Ordnung des Zugverkehrs aufrecht zu erhalten. Ausweichbahnhöfe im Stadtgebiet stünden entweder gar nicht oder nur stundenweise zur Verfügung, teilt die Bahn AG mit. Sie bietet ein Abstellgleis in Hamburg-Altona an, das in den Kernzeiten des Besucherinteresses ebenfalls gesperrt wird. Dort dürfe der „Zug der Erinnerung" seine Gedenkausstellung um 10 Uhr eröffnen. Ab 15 Uhr müsse der Zug „abgeräumt" werden, verfügt die Bahn. Die Hamburger Arbeitsgruppe „Deportationen/ 11.000 Kinder" appelliert an die Bahn AG: Helfen Sie uns, die Erinnerung an jedes einzelne dieser Kinder zu bewahren! Geben Sie den Hauptbahnhof für die Erinnerung frei! Ermöglichen Sie auch in der Freien und Hansestadt Hamburg ein würdiges Gedenken an die Opfer der Deportationen!

Die Hamburger Arbeitsgruppe „Deportationen/11.000 Kinder", Auschwitz-Komitee in der BRD e.V., DGB Hamburg, DGB Nord, ver.di Landesbezirk Hamburg, VVN-BdA – Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten, KZ-Gedenkstätte Neuengamme, Lagergemeinschaft Ravensbrück und FreundInnenkreis e.V., Arbeitsgemeinschaft Neuengamme, Freundeskreis KZ-Gedenkstätte Neuengamme, Juso-Gruppe Harburg, AG gegen Rechts – Die Linke. Hamburg, RCU – Romund Cinti-Union e.V., Hamburg, KZ-Gedenkstätte Neuengamme, Hamburger Bündnis gegen Rechts, GEW – Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft, Hamburg, Vereinigung der Kinder vom Bullenhuser Damm e.V., Verein zur Erforschung der Geschichte der Juden in Blankenese e.V., Freundeskreis von Yad Vashem in Deutschland e.V., Jüdische Gemeinde Hamburg, Pax Christi, Stadtteilarchiv Eppendorf e.V., Bezirksversammlung Altona und weitere Organisationen

Zug-der-Erinnerung-Hamburg@t-online.de
www.bahnhof-der-erinnerung-hamburg.de (im Aufbau) www.zug-der-erinnerung.eu ■

Einige Termine:

Freitag, 28. März, ab 14 Uhr, Führung durch die Gedenkstätte für die Kinder vom Bullenhuser Damm.
In der Nacht vom 20. auf den 21. April 1945 wurden im Keller der damaligen Schule am Bullenhuser Damm zwanzig jüdische Kinder zwischen fünf und zwölf Jahren ermordet. Sie kamen aus Frankreich, Italien, den Niederlanden, Polen und wahrscheinlich aus Jugoslawien. Sie wurden in das KZ- Auschwitz deportiert und von dort in das KZ Neuengamme. Dort sind sie für medizinische Versuche missbraucht worden. Um dies vor den anrückenden alliierten Truppen zu verbergen, tötete die SS die Kinder mit ihren vier Häftlingsbetreuern. In derselben Nacht tötete die SS in der Schule ebenfalls 24 sowjetische Kriegsgefangene. Hinter dem Gebäude hat die „Vereinigung der Kinder vom Bullenhuser Damm" einen Rosengarten angelegt. Hier können zum Gedenken an die Opfer Rosen gepflanzt werden. Anmeldung nicht erforderlich. Gedenkstätte Bullenhuser Damm und Rosengarten für die Kinder vom Bullenhuser Damm. Bullenhuser Damm 92, 20539 Hamburg.(10 Minuten Fußweg vom S-Bahnhof Rothenburgsort)

Freitag, 28. März, ab 15 Uhr, Hannoverscher Bahnhof, Lohseplatz
Gedenkveranstaltung zur Erinnerung an die Opfer der Deportationen in Hamburgs ehemaligem Hannoverschen Bahnhof. Mehr als 7000 Menschen, vor allem Jüdinnen und Juden, Sinti und Roma, sind zwischen 1940 und 1945 vom Hauptgüterbahnhof Hamburg, dem Hannoverschen Bahnhof, in den Tod deportiert worden. Es spricht der Generalsekretär der Rom- und Cinti-Union e.V., Karl-Heinz ‚Lolo' Weiß und VertreterInnnen des Auschwitz- Komitees in der BRD e.V. Organisation: Hamburger Arbeitsgruppe gemeinsam mit der RCU Hamburg

Sonnabend, 29. März, 10 – 19 Uhr Aufenthalt des Zugs der Erinnerung auf dem Bahnhof Altona. (Uhrzeit muss noch bestätigt werden)

Stellungnahme der Fraktion DIE LINKE

Am 24. März, so ist es lange vorbereitet, sollte der „Zug der Erinnerung" im Hamburger Hauptbahnhof einfahren und dort sechs Tage lang die Ausstellung über die Deportation von Kindern und Jugendlichen in die faschistischen Vernichtungslager zeigen. Bisher haben über 140.000 Menschen die Wanderausstellung besichtigt.

Kurzfristig hat die Deutsche Bahn AG jetzt den Organisatoren mitgeteilt, dass dem „Zug der Erinnerung" aus „bahnbetrieblichen" Gründen im Hauptbahnhof kein Gleis zur Verfügung gestellt wird. Man könne der Gedenkausstellung lediglich ein Abstellgleis in Altona anbieten – ausschließlich in der besucherfeindlichen Zeit zwischen 10.00 und 15.00 Uhr. Dazu erklärt die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE Christiane Schneider: „Die Sperrung des Hauptbahnhofs für die Gedenkausstellung ist der vorläufige Höhepunkt vielfältiger Versuche der Deutschen Bahn AG, gegen die Gedenkausstellung vorzugehen. Erst hat sie jahrelang verhindert, dass die Wanderausstellung auf Bahnhöfen überhaupt gezeigt werden konnte. Dann versuchte sie die Organisatoren des ‚Zugs der Erinnerung' mit hohen Forderungen für die Nutzung von Trassen, Stationen und elektrischen Anschlüssen in die Knie zu zwingen. So verlangt sie u.a. pro Stunde Aufenthalt in einem Bahnhof zwischen 22 und 45 Euro, pro gefahrenen Kilometer 3,50 Euro, für eine Stromanschluss ohne Verbrauch 945 Euro. Die Hamburger Organisatoren mussten bisher über 6000 Euro aufbringen, der Gesamtbetrag, den die DG für den ‚Zug der Erinnerung' verlangt, wird auf 110.000 Euro veranschlagt. Die Sperrung des Hamburger Hauptbahnhofs für die Ausstellung ist der vorläufige Gipfel einer unsäglichen Ver- und Behinderungsstrategie. Wir fordern zusammen mit den Hamburger Organisatoren, der Arbeitsgruppe ‚Deportationen / 11.000 Kinder', die Deutsche Bahn AG auf, den Hauptbahnhof für den ‚Zug der Erinnerung' und das Gedenken an die deportierten Kinder freizugeben." ■

Gedenken an Fahrten in den Tod

Köln Hauptbahnhof, Gleis 1: Obwohl von Donnerstag 13.3. bis Samstag 15.3. dort keine Züge ankamen oder abfuhren, war der Bahnsteig an diesen Tagen häufig belebter als an normalen Tagen. Das lag nicht an der alten Dampflok, die vor zwei unscheinbare Waggons gespannt einen kleinen Teil des Gleises einnahm, obwohl auch sie Eisenbahnnostalgiker anzog. Es lag an dem sprachlos machenden Inhalt der beiden Wagen, die den „Zug der Erinnerung" bildeten.

Ungefähr 7.500 Menschen, so viele, dass am letzten Tag die Öffnungszeit so weit wie möglich verlängert wurde, nahmen Anteil am Schicksal der von den Nazis mit der Reichsbahn deportierten, und das hieß in den allermeisten Fällen in den Tod geschickten, Kindern und Jugendlichen, darunter vor allem jüdische sowie Sinti- und Romakinder aus ganz Europa. Insgesamt waren es Zehntausende, darunter auch viele aus Köln, derer mit einer kleinen Sonderausstellung der Initiative „Die Bahn erinnern" gedacht wurde, die mit der sprichwörtlichen deutschen Eisenbahnpünktlichkeit in die Vernichtungslager transportiert wurden.

In Köln hatte sich erst recht kurzfristig eine Initiative aus verschiedenen Gruppen und Organisationen, darunter dem NS-Dokumentationszentrum, dem DGB, der Gewerkschaft ver.di, der VVN/BdA und anderen gebildet, die den „Zug der Erinnerung" in den Hauptbahnhof holten. Auf Initiative der SPD hatte der Kulturausschuss des Rates so gut wie einstimmig beschlossen, kurzfristig eine Summe zur Verfügung zu stellen, die es, zusammen mit finanziellen Beiträgen der beteiligten Gruppen, erlaubte, das Schicksal der deportierten Kölner Kinder zu dokumentieren, ein Begleitprogramm anzubieten und die Besucher(innen) des Zuges von Mitarbeiter(innen) des NS-Dokumentationszentrums, die viel Engagement und Zeit investierten, betreuen zu lassen.

www.arbeiterfotografie.com

Am Morgen des 13. März wurde der Zug von Bürgermeisterin Angela Spizig begrüßt, die auf das Schicksal der aus Köln stammenden Kinder, die Opfer des nazistischen Rassenterrors wurden, hinwies. Sie erinnerte aber auch daran, dass die Initiative „Die Bahn erinnern" schon seit Jahren dafür eintritt, einen Ort des Gedenkens an die Transporte mit der Reichsbahn in den Tod am Hauptbahnhof zu errichten.

Bisher wurde das von den Verantwortlichen der Bahn, die den Bahnhof in erster Linie als Renditeobjekt sehen, verhindert; die von Gunter Demnig gestaltete Schwelle immer wieder ins Abseits verbannt.

Allerdings passt diese Haltung genau zur Haltung des Bahnvorstandes: Zwar hatte die Deutsche Bundesbahn, die Vorläuferin der heutigen Bahn AG, Material (und häufig auch die Verantwortlichen für die Transporte in den Tod) übernommen, sie weigerten sich aber lange Zeit, den Opfern in einem angemessenen Rahmen zu gedenken.

Und auch der „Zug der Erinnerung" wird von ihnen offenbar in erster Linie als lohnendes Gewinnobjekt gesehen und, bisher allen Protesten zum Trotz, mit gigantischen Kosten belastet. Die Bahn soll schließlich gewinnbringend privatisiert werden und da kommt Bahnchef Mehdorn jeder Cent nur Recht. Das Gedenken an ermordete Kinder und Jugendliche hat in einem solchen Renditedenken keinen Platz. *tri* ■

Der „Zug der Erinnerung" wird als nächstes Hamburg (24.-29. 3.) anfahren. Danach folgen Bremen (1.4.), Nordenham (2.-3.4.), Cuxhaven (4.-5.4.), Rotenburg/Wümme (6. 4.), Kiel (7.-9.4.) und Rathenow (10.-11. 4.), Berlin (13.-22. 4.), Brandenburg (23.-24. April), Potsdam (25.-26.4.), Cottbus (27.4.), Dresden (28.-30. 4.), Bautzen (2.-3.5.), Görlitz (4.-5. 5.). Anschließend wird der Zug durch Polen zur Gedenkstätte Auschwitz fahren.

700 gegen Nazikundgebung in Bamberg

In Bamberg fand am Dienstag, den 4. März 2008, eine Kundgebung der NPD statt. Etwa 700 Gegendemonstranten standen den 30-40 Nazis gegenüber und konnten deren Zusammenkunft lautstark stören.

Rund 700 Personen waren dem Aufruf des Bamberger „Bündnis gegen Rechts" gefolgt, und versammelten sich am Nachmittag des 4. März 2008 vor dem E.T.A. Hoffmann-Theater am Schillerplatz. Das Gelände war frühzeitig von Bamberger Polizeieinheiten abgesperrt worden. Dazu wurden zahlreiche Vorkontrollen eingerichtet. Daneben waren USK und Dutzende Zivilpolizisten im Einsatz. Die NPD hatte für die Zeit von 19.00 bis 21.00 Uhr eine Kundgebung vor dem Bamberger Theater angemeldet. Ihr vorgeschobener Anlass war das Datum des 4. März 1848, an dem im Bamberger Theater die „14 Bamberger Artikel" verabschiedet worden waren, um letztendlich demokratische Strukturen in Deutschland zu schaffen. Gegen diese geplante Verhöhnung der Demokratie durch demokratiefeindliche, menschenverachtende Neonazis hatte es im Vorfeld eine breite Gegenmobilisierung gegeben.

Das „Bamberger Bündnis gegen Rechts", in dem auch VVN und DGB mitarbeiten, hatte ab 17.30 Uhr vor Ort zu einer Gegenkundgebung aufgerufen. Der DGB-Vorsitzende Werner Schnabel hatte in einem offenen Brief „an alle Demokraten" nochmals extra dazu aufgerufen. „Bisher versuchten die Neonazis mit Aufmärschen wie in Gräfenberg, mit Info-Ständen, Flugblattaktionen oder der Verteilung von „Schulhof-CDs" ihrer menschenverachtenden Ideologie den Anschein von Normalität zu geben. Nun wollen sie – nach den missglückten Versuchen des Jahres 2007 – erneut auch in Bamberg wieder ihre soziale Demagogie verbreiten", so Günter Pierdzig von der VVN-BDA in Bamberg. Die Hintergründe des geplanten Auftretens der NPD in Bamberg seien in Wirklichkeit so gelagert: einerseits sei auf einen Affront gegen das Bamberger Theater selbst rückzuschließen, das zur Zeit mit dem Stück „Heldensabbat" die Bamberger Geschehnisse zur Zeit des Nationalsozialismus aufzuarbeiten versucht und andererseits wolle die NPD austesten, auf welchen Widerstand ihr geplanter Bundesparteitag 2008 und weitere Landesveranstaltungen in der Bamberger Kongresshalle stoßen könnten. Zugleich wolle sie natürlich auch in Bamberg ihren Landtagswahlkampf einleiten.

Die NPD missbrauche deshalb den 4. März 1848 als Vorwand, um über ihren eigenen Demokratiemissbrauch hinweg zu täuschen, wie er z.B. in Gräfenberg fortlaufend praktiziert wird. „Wir haben aber nicht vergessen, was in diesem Land mit der Demokratie passierte, als die Nazis an der Macht waren: Ausschaltung jeglicher Opposition, systematischer Terror gegen alle Nazi-Gegner, Übernahme und Gleichschaltung der Gewerkschaften, Verfolgung und Ermordung all derjenigen, die nicht in das rassistische Menschenbild der Nazis passten. Millionen Tote durch den Holocaust an den europäischen Jüdinnen und Juden, Roma und Sinti. Weltweiter Krieg, an dessen Ende mehr als 55 Millionen Tote zu beklagen waren", betont der Antifaschist weiter. Deshalb will das „Bamberger Bündnis gegen Rechts" dafür sorgen, dass Nazis in Bamberg keinen Platz haben. Die Stimmung während der von musikalischen Beiträgen begleiteten Kundgebung war durchweg gut. Begleitet wurde sie von Redebeiträgen der örtlichen Gewerkschaften, vom Ausländerbeirat, der „Front der Deutschen Äpfel" und Michael Helmbrecht vom Bürgerforum Gräfenberg.

Ab 18.30 Uhr wurde die Kundgebung offiziell aufgelöst, ohne jedoch zuvor auf das in Gräfenberg übliche Ritual zu verzichten. Die Bamberger Bürger blieben also auf dem Schillerplatz, um der NPD lautstark entgegenzutreten. Der NPD war zuvor ein wesentlich kleinerer Teil des Schillerplatzes zugewiesen worden, der von Bereitschaftspolizei und USK-Kräften abgesperrt wurde. Bis 19 Uhr hatten sich rund 30 Nazis eingefunden, darunter Anti-Antifas, die – ebenso wie die Polizeieinheiten – durchgehend in die Menge der Bürgerdemo filmten. Das Nazitransparent mit der Aufschrift „Einigkeit, Recht, Freiheit – 1848, damals wie heute" sollte an die vierzehn Bamberger Artikel und die Revolution von 1848 erinnern. Vor Ort waren vor allem regionale NPD-Kader, wie Axel Michaelis, Matthias Fischer und Günter Kursawe zugegen. Beflaggt und mit Fackeln sangen die Nazis die drei Strophen des Deutschlandliedes, das jedoch – ebenso wie die Redebeiträge von Michaelis und Kursawe – in einem gellenden Pfeifkonzert und zahlreichen Sprüchen der Gegendemo unterging. Laut Polizei wurden teilweise über 100 dB gemessen. Darüber hinaus berichten Beobachter davon, dass Dutzende Wasserbomben aus der Mitte der Gegenkundgebung in die Versammlung der NPD platziert wurden. Am Ende der Veranstaltung meldete die Polizei über 20 Festnahmen hauptsächlich wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz. Unter ihnen waren Punks, Antifas und und Apfelfront'ler. Bevor die NPD um 20.30 Uhr wieder abzog, bekräftigte Axel Michaelis sein Vorhaben, einen Bundesparteitag in Bamberg im Sommer abhalten zu wollen. *nah* ■

Das abgebildete Transparent hing am Sonntag, 17.2.08, bis gegen 11.00 Uhr am Treppenaufgang des Bamberger Rathauses. AB Franken könnte evtl. „autonome Bewegung" oder vielleicht „auton. Befreiung" heißen, jedenfalls ein Hinweis auf „autonome" Kameradschaften der Rechten in Oberfranken/Bamberg.

Bürgermeister demonstrieren gegen Rechtsextremismus

Colditz. Mit einer Protestaktion bei Colditz (Muldentalkreis) haben am Dienstag rund 20 Bürgermeister ein Zeichen gegen Rechtsextremismus gesetzt. Für etwa eine Viertelstunde sei dabei die Bundesstraße zwischen Colditz und Mittweida blockiert worden, teilte Mittweidas Bürgermeister Matthias Damm (CDU) am Dienstag auf ddp-Anfrage mit. Mit der Aktion sollte gezeigt werden, dass sich die Bürgermeister der Region gemeinsam gegen Rechts engagierten. Damm verwies auf die jüngsten Vorfälle in Mittweida am vergangenen Wochenende. Dort seien in der Nacht zu Samstag auf dem Innenhof des Rathauses rechte Schmierereien, darunter ein großes Hakenkreuz, festgestellt worden. Auch Damm selbst sei bei dieser Aktion verbal angegriffen worden. Die Schmierereien seien inzwischen entfernt worden.

Hintergrund für die Aktion der Bürgermeister war ein rechter Überfall vor etwa drei Wochen in Colditz. Dabei hatten etwa 100 rechte Jugendliche in der Stadt randaliert. Sie wollten ein linkes Konzert stören. Unter ihnen waren auch drei Mitglieder der verbotenen rechtsextremistischen Organisation Sturm 34 aus Mittweida.

Sandro Witt, DGB Jugend Thüringen, Jugendbildungsreferent ■

Rathauswahlen in Frankreich (2. Wahlgang)

Die extreme Rechte vermag keinen Einfluss auf die Stichwahlen zu nehmen. Aber ihre Ideen bleiben weiterhin vertreten – von „Ehemaligen" und Bündnispartnern

Beide Durchgänge der französischen Rathaus- und Bezirksparlamentswahlen, die landesweit am 9. und 16. März dieses Jahres stattfanden, liegen nun hinter uns. Die extreme Rechte konnte in diesem Jahr nicht punkten. Keine Siege im Kampf um die Rathäuser waren für den Front National (FN) zu verzeichnen. Und doch bleiben die „Ideen" der rechtsextremen Partei, so, wie der FN sie langjährig verkörpert hat, nach wie vor in der kommunalpolitischen Landschaft präsent. Allen voran wurde Jacques Bompard, der Bürgermeister von Orange – 1995 für den FN in dieses Amt gewählt, von ihrer Gründung (1972) ab bis im Herbst 2005 Mitglied der rechtsextremen Partei – auch in diesem Jahr und zum zweiten Mal triumphal wiedergewählt. Nur hat er inzwischen das parteipolitische Etikett gewechselt, und dies noch nicht einmal als „Anzeichen der Mäßigung" verkauft. Bompard ist dabei nur das herausragendste Beispiel. Noch andere Fälle der Fortsetzung lokalpolitischer Karrieren, die einst auf der extremen Rechten begonnen hatten, sind zu vermelden. Der Erfolg ihrer Protagonisten ist wechselhaft, wie die diesjährigen Rathauswahlen belegen.

Marine Le Pen enttäuscht Hoffnungen auf „Durchbruch"

Alle Hoffnungen des FN bei der diesjährigen Rathauswahl ruhten zunächst auf der Liste in der 30.000 Einwohner zählenden, früheren Arbeiterstadt Hénin-Beaumont im ehemaligen Bergbaurevier Pas-de-Calais (im Nordosten Frankreichs, Richtung belgische Grenze). Die dortige Kandidatenliste wurde zwar von Steeve Briois als Spitzenkandidat angeführt, aber ihr prominentester Name war der von „Cheftochter" Marine Le Pen, die auf dem zweiten Listenplatz antrat. Im Juni 2007 hatten die beiden, mit umgedrehten Rollen, bereits im Wahlkreis Hénin-Beaumont als Kandidatin (Marine Le Pen) bzw. ihr Stellvertreter bei den Parlamentswahlen firmiert. Damals mit nicht wenig Erfolg, denn ihr „Tandem" erhielt bei der Parlamentwahl im Vorjahr 24,5 % im ersten Wahlgang und acht Tage später dann 41,7 % in der Stichwahl. Daraufhin verkündete die „Cheftochter" und Anwärterin auf die Nachfolge ihres Herrn Papa – Jean-Marie Le Pen – an der Parteispitze landauf landab, man werde im März 2008 nunmehr das Rathaus der Kleinstadt erobern und dort eine Modellverwaltung des FN errichten. In jenem Falle sollte Marine Le Pen dabei stellvertretende Bürgermeisterin mit Zuständigkeit für „Innere Sicherheit" werden.

Daraus wurde nun nichts. Denn obwohl die Ergebnisse der FN-Liste zur Kommunalwahl im ersten Wahlgang höher lagen als beim ersten Durchgang der Parlamentswahl vom Juni 2007, scheiterte sie. Nach dem ersten Wahlgang verfügte sie über keinerlei Stimmreserven mehr, die sie für den zweiten Durchgang noch hätte mobilisieren können. - Unrichtig war dabei die Information, die in der vorigen Ausgabe der AN auf Seite 11 erschien: Die FN-Liste zu den Parlamentswahlen vom 10. und 17. Juni 07 habe bereits im ersten Wahlgang „die 30-%-Marke überschritten". Es waren „nur" 24,5 % im ersten Wahlgang. Die starke Steigerung zwischen den beiden Runden erklärte sich damals daraus, dass der FN noch über Stimmreserven verfügte; insbesondere aber aus der Tatsache, dass die bürgerliche Rechte in Gestalt der konservativen Regierungspartei UMP im damaligen ersten Wahlgang noch ein höheres Ergebnis erhielt und sich ihr Wählerpotenzial in der Stichwahl auf die Sozialdemokraten einerseits und den FN andererseits aufsplittete. Bei der diesjährigen Kommunalwahl schnitt die UMP von vornherein unterhalb von 5 % im ersten Wahlgang ab, in den zweiten Wahlgang zogen die Linksparteien unter Führung der Sozialdemokratie sowie eine Liste sozialdemokratischer „Dissidenten" ein. deshalb konnte der FN kaum noch zusätzliche Stimmen vor dem zweiten Wahlgang „anzapfen".

De facto erfuhr der FN eine totale Stagnation: Nachdem er zunächst 28,53 % einfuhr, holte er in der Stichwahl 28,83 % der Stimmen. Und damit zwar 0,3 % mehr, aber in absoluten Zahlen ausgedrückt: genau zwanzig Wähler/innen weniger als im ersten Durchgang. Durch das Ergebnis, das einige gar zu hochfliegende Träume beerdigt, erhält auch Marine Le Pen einen Dämpfer, und die Anwärterin auf die „Thronfolge" beim FN wird gegenüber ihren innerparteilichen Opponenten geschwächt. Gegenüber der Reporterin der liberalen Pariser Abendzeitung ‚Le Monde' vor Ort – Christinane Chombeau – lässt Marine Le Pen denn auch am Wahlabend durchblicken, „manchmal" habe sie „die Nase voll von diesem (Politikerinnen-)Leben". Auch wenn sie hinzufügt, „dies" – ein solches Gefühl – dauere bei ihr „immer nur eine Nacht lang". Die Rechtsextremismus-Spezialistin der Zeitung, Ch. Ch., bemerkt denn auch, Marine Le Pen sei sich darüber bewusst, dass ihr „politisches Erbe", also die langjährige Parteiaufbau-Arbeit des Herrn Papa, „beschädigt" sei.

Zumindest bei der diesjährigen Wahl hat der FN seine Kapazität verloren, zu zeigen, dass er zu „gewinnen" oder aber die Anderen – die „etablierten Altparteien" und Korrupten – ernsthaft zu stören in der Lage ist. Von vornherein hatte der Front National aus überwiegend finanziellen Gründen nur 85 Listen in Städten von über 10.000 Einwohner/inne/n aufgestellt, gegenüber ihrer 150 noch bei der letzten Kommunalwahl im März 2001. Und nur insgesamt 17 Listen, sieben von ihnen in Städten mit über 10.000 Einwohner/inne/n, konnten im ersten Wahlgang die Zehn-Prozent-Hürde überspringen und in die Stichwahl einziehen. 2001 waren es noch 41 Listen, und vor allem 1995: 103 Listen.

Alle übrigen Listen erhielten in diesem Jahr (laut ‚Le Figaro' vom 24. März 08) zwischen 2 % und 8,5 % der Stimmen.

Unterstützung für konservative Kandidaten

In zwei Fällen unterstützte der FN in größeren Städten konservative Kandidaten für die Stichwahl: Gegen den Willen der nationalen Parteiführung im nordfranzösischen Calais, wo Spitzenkandidat François Dubout (12,4 % im ersten Wahlgang) seine Liste vor der Stichwahl zurückzog. Er erlaubte so der konservativen UMP, die langjährige KP-Rathausmannschaft unter dem bisherigen Bürgermeister Jacky Hénin zu schlagen. Die französische kommunistische Partei verliert dadurch die größte, bislang noch von ihr regierte Kommune. Aber die FN-Parteiführung entzog Dubout daraufhin seine Mitgliedschafts-Rechte, und Marine Le Pen tobte gegen den „Wahlbetrüger". Ihr zufolge hätte er seine Kandidatur aufrecht erhalten müssen, da er seinen Wahlerfolg dem FN verdanke und er dessen Richtlinien und Anordnungen zu befolgen hatte.

Hingegen war es die nationale Parteiführung, die in Nizza den „dissidenten" konservativen Kandidaten Jacques Peyrat (von 1972 bis 1994 beim FN, von 1995 bis im März 2008 Bürgermeister von Nizza) gegen den offiziellen Kandidaten der Sarkozy-Partei namens Christian Estrosi unterstützte. Peyrat, obwohl „Verräter" gegenüber dem FN, gilt nach wie vor als persönlicher Freund Le Pens, mit dem zusammen er in den Kolonialkriegen in Indochina und Algerien kämpfte. Schon Monate vor der Wahl hatten (laut dem Antifa-Infomagazin REFLEXes) geheime Verhandlungen zwischen dem FN und dem aufgrund seiner „Konkurrenzkandidatur" frisch aus der UMP ausgeschlossenen Peyrat stattgefunden, die jedoch zunächst scheiterten. Aber nachdem der FN noch am 5. März, vor dem ersten Wahlgang, seinen Fraktionsvorsitzenden im Stadtrat – Gérard de Gubernatis – wegen verfrüht ausgesprochener Unterstützung für Peyrat ausschloss, rief die Parteispitze dann am 10. März zur Wahl Peyrats auf. Doch dieser sollte mit 23,5 % gegenüber Estrosi (über 38 %) unterliegen.

→

Frühere FN-Bürgermeister

Von den im Juni 1995 im Namen des FN gewählten Bürgermeister/inne/n waren bis im März dieses Jahres noch zwei im Amt: Bompard und Simonpieri.

Jacques Bompard ist im September 2005 aus dem FN ausgetreten, aber keineswegs deswegen, weil er in seinen Ansichten nun „moderater" geworden wäre. Vielmehr warf Bompard dem Parteichef Jean-Marie Le Pen vor, „zu viel Wasser in seinen Wein" zu schütten und den „Modernisierungs"-kurs seiner Tochter Marine zu unterstützen. Erstmals hatte Bompard sich 1999 zaghaften Versuchen der Parteiführung, das Programm „aufzulockern" und zu „modernisieren", widersetzt. (Vgl. http://www.antifaschistische-nachrichten.de/1999/24/026.shtml) Seit 2003 opponiert er nun offen gegen Jean-Marie, insbesondere aber gegen Marine Le Pen. Zudem wirft er dem Parteichef vor, die lokale Verankerung der „nationalen Bewegung" zu vernachlässigen. (Vgl. http://www.antifaschistische-nachrich-ten.de/2004/21/austauschF_D.shtml) Am 3. November 2005 trat Bompard, in einem spektakulären Auftritt in Epinay-sur-Seine – vor den Kulissen der Pariser Banlieue während der dort „tobenden" Unruhen – zusammen mit Philippe de Villiers, zu dessen nationalkonservativer Kleinpartei MPF über.

In „seinem" Städtchen Orange, 30.000 Einwohner, in Südfrankreich wurde Bompard auch in diesem Jahr schon im ersten Wahlgang wiedergewählt: 60,97 % der abgegebenen Stimmen! Im März 2001 waren es 59,97 %, auch damals bereits in der ersten Runde, gewesen. Offenkundig verfängt die klientelistische Politik Bompards, die vor allem auf die „Verschönerung" und Restaurierung der historischen Innenstadt setzt, während die weiter außerhalb gelegenen (und stärker von Einwanderern bewohnten) Wohnviertel eher vernachlässigt werden. Hinzu kommt eine Programmatik der rabiaten „Senkung der kommunalen Steuern".

Zudem wurde Jacques Bompard am 16. März, mit 59,6 % der abgegebenen Stimmen, zum Vertreter des Kantons (Wahlbezirks) Orange-Ouest im Bezirksparlament des Départements Orange-West wiedergewählt. Ferner wurde nun auch seine Ehefrau, Marie-Claude Bompard, in einem anderen Städtchen desselben Départements zur Bürgermeisterin gewählt: in Bollène. Dort gewann sie in der Stichwahl mit 48 %, nachdem die UMP ihre Liste (die in der Stichwahl 8 % erhielt) neben jener der sozialdemokratisch geführten Linkskoalition im zweiten Wahlgang aufrecht erhalten hatte. Vielleicht hat sie dadurch den Sieg der etablierten Linksparteien verhindert, vielleicht aber auch „nur" die eigenen Wähler/innen davon abgehalten, für Madame Bompard zu stimmen. Auf ihrer Liste wurde André-Yves Beck, in den letzten Jahren „Kommunikationsbeauftrager" im Rathaus von Orange, zum Kommunalparlamentarier in Bollène gewählt. Beck kommt aus der „nationalrevolutionären" Strömung der extremen Rechten (Nouvelle Résistance), die früher von Christian Bouchet - einem heute eher marginalisierten „Nationalbolschewisten" - angeführt wurde, und trat erst 1995 aus dieser Ecke kommend dem FN bei. Er gilt als so „radikal", dass die Villiers-Partei MPF es Bompard im Jahr 2005 zur Beitrittsbedingung machte, dass Beck nicht Mitglied bei ihr werden könne.

Ein weiterer früherer rechtsextremer Bürgermeister, der bis vor kurzem im Amt war, ist Daniel Simonpieri (1974 bis 1999 FN, danach von 1999 bis 2001/02 bei dessen Spaltprodukt MNR, im März 2001 wiedergewählt). Aber er unterlag in diesem Jahr dem konservativen Gegenkandidaten, Eric Le Disses. Letzterer erhielt in der Stichwahl 51,1 % der Stimmen, gegenüber 25,5 % für die sozialdemokratisch geführte Liste und „nur" 23,4 % für Simonpieri. Pikant daran ist, dass Simonpieri die offizielle Unterstützung der konservativen Regierungspartei UMP genoss. Seit 2004 gehört er ihrer Fraktion im Bezirksparlament von Marseille, als parteiloser Abgeordneter; an. Im November 07 hatte die UMP in als ihren Kandidaten für die Rathauswahl in Marignane aufgestellt. Aber das UMP-Mitglied Le Disses führte daraufhin eine Liste von „Dissidenten" aus dem bürgerlichen Lager an – und hat nunmehr die Wahl gewonnen. Im Juli 2005 hatte Simonpieri dadurch die (landesweite) Aufmerksamkeit auf sich gezogen, dass er auf dem kommunalen Friedhof in „seiner" Stadt Marignane eine Stele zum Gedenken an tote Rechtsterroristen der OAS („Organisation geheime Armee", die 1961/62 einen blutigen Bombenterror gegen den französischen Rückzug aus Algerien verübte) einweihen ließ.

Ansonsten wurden in mehreren Fällen auch konservative Bürgermeister, die in der Vergangenheit durch zweifelhafte bis unzweideutig rassistische Auslassungen auf sich aufmerksam gemacht hatten, wiedergewählt. Die beiden prominentesten Fälle sind die triumphale Wiederwahl von Xavier Lemoine (aus der Ecke von Philippe de Villiers kommend, aber seit 2002 Mitglied der Regierungspartei UMP) in der Pariser Vorstadt Montfermeil, mit gut 60 % im ersten Wahlgang – und die Wiederwahl von Yves Leblanc in der 16.000 Einwohner zählenden Stadt Méru rund 50 Kilometer nördlich von Paris.

Yves Leblanc, UMP, hatte 1996 sowie 2007 im Kommunalparlament mal grenzwertige, mal offen rassistische Sprüche geklopft. Aber in diesem Jahr hatte er Mühe, seine Wiederwahl durchzubekommen, da ein Teil seiner früheren sozialen Basis ihm den Rücken gekehrt hatte und zudem auch eine parteilose Liste – unter Einschluss einer früheren Beisitzerin, deren Lebensgefährten er rassistisch beleidigt hatte, und von Jugendlichen aus den benachteiligten Stadtvierteln – neu gegen ihn entstanden war. Doch er schaffte seine Wiederwahl, indem er eine klientelistische Politik auch gegenüber Einwanderergruppen in „seiner" Stadt entwickelte und insbesondere moslemischen Gemeinden kräftig Versprechungen machte – etwa bezüglich des Neubaus einer Moschee, den er in Aussicht stellte. Dadurch wurde die migrantische Bevölkerung vor Ort gespalten. Aber vielleicht garantiert dieses Phänomen wenigstens, dass Yves Leblanc sich künftig in Sachen Rassismus erkennbar zurückhält. Abwarten… In der zweiten Runde wurde er mit 51,4 % wiedergewählt.

Bernhard Schmid, Paris ■

FN rückläufig in den Stichwahlen

Eine der erfolgreichsten FN-Listen war jene von Claudine Cannie in Oignies, einem 10.000-Einwohner-Städten im ehemaligen Bergbaurevier Pas-de-Calais. Sie erhielt 19,3 %, aber dort kam es nicht zu einer Stichwahl, da die Liste der vereinigten Linksparteien bereits im ersten Wahlgang eine absolute Mehrheit erzielte. In die Stichwahl einziehen konnte der FN in Cluses, 18.000 Einwohner, in Hoch-Savoyen in den ostfranzösischen Alpen sowie in der mitelgroßen Stadt Perpignan, rund 115.000 Einwohner, am Mittelmeer. Auch im südfranzösischen Städtchen Carpentras in der Nähe von Avignon - bekannt geworden durch die Schändung des örtlichen jüdischen Friedhofs durch Neonazis im Mai 1990, die vorübergehend eine landesweite Protestmobilisierung gegen den FN ausgelöst hatte - konnte der FN an der Stichwahl teilnehmen. Aber in allen Fällen liegen die Ergebnisse im zweiten Wahlgang unterhalb dessen in der ersten Runde. Damit ging dem FN auch die „Kapazität, Schaden anzurichten" (aus Sicht der etablierten Parteien) ein gutes Stück weit verloren. Letztere bestand jahrelang darin, dass die rechtsextreme Partei in der Stichwahl einen bestimmten Block an Stimmen fest an sich binden konnte, auf den die anderen - insbesondere konservativen - Parteien nicht mehr zählen konnten, und so das Spiel der etablierten politischen Kräfte durcheinander brachte. Nun nimmt aber die Bindung der Wähler an den FN zwischen den beiden Wahlgängen offenkundig ab. So fällt die örtliche FN-Liste in Carpentras von 11,6 % im ersten Wahlgang auf 7,7 % im zweiten. Bei den letzten dortigen Kommunalwahlen (vor sieben Jahren) hatte der FN noch über 22 % erzielt. In Noyon, rund 60 bis 70 Kilometer nördlich von Paris, 15.000 Einwohner, fällt die Liste des FN zwischen den beiden Wahlgängen von 17 % auf 9,2 %. (Doch dort erhielt der FN im Juni 1995 noch gut 44 % im ersten und 48,1 % im zweiten Wahlgang.)

In Perpignan erhält die Liste - angeführt vom Generalsekretär der rechtsextremen Partei, Louis Aliot - in der Stichwahl noch 10,4 %, nach den 12,3 % in der ersten Runde. Und in Cluses erzielte die Liste unter Dominique Martin, der laut eigenen Worten mit „populistischen" und „demagogischen" Methoden - sowie mit Kitsch - um Stimmen warb, 23,6 Prozent im ersten Wahlgang, landete aber „nur" auf dem dritten Platz. In der Stichwahl ist das Ergebnis, mit 20,5 Prozent, (leicht) rückläufig.

Im (süd)elsässischen Mulhouse liegt ein Sonderfall vor. Dort erhielt die FN-Liste in der Stichwahl einen Zuwachs von 10,3 % (im ersten Wahlgang) auf 14,3 %. Aber es muss auch berücksichtigt werden, dass im ersten Wahlgang noch eine andere, weit rechts stehende Liste präsent war: jene von Gérard Freulet, dem früheren langjährigen FN-Spitzenkandidaten in der elsässischen Industriestadt, der in diesem Jahr für den nationalkonservativen MPF (Mouvement pour la France, „Bewegung für Frankreich") des Rechtskatholiken Philippe de Villiers antrat. Freulet hatte dieses Jahr im ersten Wahlgang 7,8 % der Stimmen gesammelt. Da er keine Stimmempfehlung für die Stichwahl abgab, dürfte sich seine Wählerschaft auf den - durch die konservative Regierungspartei UMP unterstützten - Bürgermeister Jean-Marie Bockel (wiedergewählt) und den FN-Kandidaten aufgespalten haben. ■

„Pro Köln" knabbert an der CDU

Köln. Am 25. Februar wurde Jörg Uckermann von der Bezirksvertretung Ehrenfeld kurzfristig als stellvertretender Bezirksbürgermeister abgesetzt. Die CDU hat Uckermann das Vertrauen entzogen und gemeinsam mit SPD, Grünen und DIE LINKE die Abwahl von Uckermann beantragt. Damit war die notwenige Zweidrittelmehrheit gegeben.

Uckermann wurde abgewählt, gegen 2 Stimmen. Vermutlich seine eigene und die von dem Mandatsträger von „pro Köln". Wer glaubt, Uckermann gab sich geschlagen, der sah sich getäuscht. Zur Neuwahl der Bezirksbürgermeisterin kandidierte Uckermann gegen die CDU-Kandidatin Frau Strobl. Auch hier erhielt Uckermann wieder zwei Stimmen. Auf dieser Sitzung wurde der Schulterschluss mit „pro Köln" mehr als deutlich. Auf die Frage, wann wechselt Uckermann zu „pro Köln", meinten alle, der wartet erst mal seinen Prozess mit der CDU ab.

Uckermann wartete aber nicht ab, sondern erklärte seinen Austritt aus der CDU und seinen Eintritt bei „pro Köln". Er wolle „extremistische Politik machen", soll Uckermann laut Presseberichten auf der gemeinsamen Pressekonferenz mit „pro Köln" erklärt haben.

Uckermann macht jetzt Karriere bei „pro Köln" und tritt locker flockig auf:

„Ich habe mit allen relevanten pro-Köln-Funktionären lange diskutiert und festgestellt, dass es große inhaltliche Gemeinsamkeiten gibt – sowohl in der Großmoschee-Frage als auch in vielen anderen kommunalpolitischen Punkten." Uckermann bezeichnet „pro Köln" als Rechtsdemokraten und meint: „Der Bundesadler kann ohne einen rechten Flügel nicht fliegen."

Auf der Internetseite gibt „pro Köln" dann Uckermann wieder: „Dies wäre umso nötiger, da sich die CDU in den letzten Jahren immer mehr von einer ‚patriotischen Politik' verabschiedet hätte.

Die Verharmlosung von pro Köln zu einer „rechtsdemokratischen" Partei deckt sich mit der Unsitte der CDU im Rat der Stadt Köln, „pro Köln" und DIE LINKE. in die rechte bzw. linke Ecke zu stellen. An der Spitze der Bürgermeister Müller, der auf jeder Ratssitzung seine rechten Sprüche gegen DIE LINKE in den Saal ruft. Deshalb muss die CDU sich über ihren abtrünnigen Uckermann nicht wundern.

Und wenn Reinarz erklärt, er wundere sich, dass sich Uckermann „nicht zu schade ist, mit den Rechtsradikalen" zusammenzuarbeiten, dann muss man erkennen, dass die CDU die Tragweite dieser Entwicklung nicht versteht: Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen! Und diese Losung trifft auch auf „pro Köln" zu.

Jörg Detjen ■

„Ludendorffer sind Antisemiten und Neonazis"

Bad Fallingbostel/Dorfmark. Ein Bündnis aus Gewerkschaften, Parteien und Initiativen informierte zu „Ludendorffer – religiöse Begründung für menschenverachtende Nazi-Ideologie". Wie Versammlungsleiter Charly Braun vom DGB informierte, lehnten es in Dorfmark Kirche und Gaststätte ab, diese Veranstaltung bei sich stattfinden zu lassen. In Lokale, wo die rassistischen Ludendorffer tagen, wollte man nicht. So fand dieser Info-Abend denn in Fallingbostel statt.

Die Referentin Lisa Böhne, Erziehungswissenschaftlerin aus Osnabrück, hat sich seit Jahren „meterweise" durch die Schriften von Mathilde Ludendorff, Gründerin des rassistischen „Bund für deutsche Gotterkenntnis", gelesen. Die Frau des Hitler-Putschgefährten General Ludendorff, teilt die Menschen in „Licht- und Schachtrassen" ein. Nach ihrer Theorie „wähnen sich die Rassen und Völker mit ‚Lichtlehren' dem Göttlichen nahe, während die Rassen mit ‚Schachtlehren' im Gehorsam ihr tiefes religiöses Erleben finden." Den sogenannten Schachtrassen dichtet Frau Ludendorff denn gleich noch „Unvollkommenheit und Sündhaftigkeit" als sogenannten „Volkscharakter" an. Mit vielen Zitaten belegte die Referentin wie nach der Ludendorff-Theorie „Rassenmischung zum Volkstod" führe. So verwundert es nicht, dass der Herrenrassenwahn der Nazis mit ausgrenzenden und zu Massenmord führenden Rassegesetzen, von Mathilde Ludendorff begrüßt wurde. Nach der Ludendorff-Lehre sei das deutsche Volk durch Kommunismus, Freimaurer- und Christentum „entwurzelt, so dass Juda leichtes Spiel hat". Die „jüdische Schachtrasse" schädige über „verjudete christliche Erziehung" deutsche Kinder. Dagegen müssten die „Lichtrassen" mit ihrem „Recht des Stärkeren" vorgehen.

„Gibt es noch übleren Antisemitismus?" fragte Lisa Böhne, Sprecherin der VVN/BdA Osnabrück.

Lokalhistorikerin Böhne zeigte auf, wie der Ludendorffer „Bund für Gotterkenntnis" Kinder und Jugendliche in dieser aggressiven rassistischen Weltanschauung erzieht. Dieser Herrenrassenglaube bietet Grundlage für Ausgrenzung, Vernichtung und heutige Nazi-Anschläge auf MigrantInnen und politische und religiöse Gegner. Kein Wunder, dass zu den Ostertagungen der Ludendorffer in Dorfmark sich auch bekannte Nazis einfinden.

Es kann straffrei gesagt werden, dass Ludendorffer Antisemiten und Neofaschisten sind, erklärte Steffen Ahrens, Rechtsanwalt und stellvertretender Bürgermeister. Beim Verdener Landgerichtsprozess zogen kürzlich die Ludendorffer ihre Verleumdungsklage zurück, um nicht auch noch per Gerichtsurteil Antisemitismus und Neofaschismus bestätigt zu bekommen.

Welchen Anhang die Ludendorffer haben, wurde auch dadurch deutlich, dass eine Gruppe „Autonomer Nationalisten" vorm Tagungslokal demonstrierte. Als junge AntifaschistInnen den Nazis den Einlass verwehrten, wurde einem Antifa-

Aktion Ostern 2007

schisten eine Flasche auf dem Kopf zerschlagen. Während der im Krankenhaus behandelt wurde, durchsuchte die Polizei Nazis und AntifaschistInnen und erteilte den Nazis Platzverweise.

Bündnissprecher Charly Braun versprach, so lange vor Ort gegen die Ludendorffer zu agieren, bis sie niemand mehr in Dorfmark aufnimmt. Die SPD lädt für Karfreitag 21.3.08 ab 14 Uhr zu einer Informationsaktion nach Dorfmark ein, gegenüber „Hotel Deutsches Haus" einem der Ludendorffer-Tagungslokale.

PM Bündnis gegen Ludendorffer ■

Anklage gegen Scheungraber erhoben

Die Münchener Staatsanwaltschaft geht jetzt gegen ein Mitglied des „Kameradenkreises der Gebirgstruppe e.V." wegen eines Kriegsverbrechens vor. Da sich gerade die Münchener Staatsanwaltschaft in derartigen Fällen nicht gerade durch überbordenden Verfolgungseifer hervorgetan hat, wird der Arbeitskreis Angreifbare Traditionspflege das weitere Vorgehen intensiv beobachten und begleiten, heißt es in einer Pressemitteilung des AK:

Josef Scheungraber aus Ottobrunn, gegen den die Staatsanwaltschaft nun die Anklage wegen Mordes erhoben hat, ist nicht der einzige NS-Verbrecher in Reihen des Vereins ewig Gestriger. Wir erinnern an General Lanz, lange Jahre Ehrenvorsitzender des Kameradenkreises, der in den Nürnberger Prozessen wegen seiner Kriegsverbrechen zu einer langjährigen Haftstrafe verurteilt wurde. Wir erinnern an Feldmarschall Schörner, den „Bluthund von Lemberg", der stolz darauf war, das Edelweiß-Abzeichen der Gebirgsjäger zum Schrecken der Menschen Europas gemacht zu haben, und der nach einer Verurteilung bis an sein Lebensende vom Kameradenkreis auch materiell unterstützt wurde. Wir erinnern an General Ringel, der von seinen früheren Untergebenen vor der britischen Militärjustiz versteckt wurde. Wir erinnern an Otmar Mühlhauser aus Dillingen, der zu den Soldaten der 1. Gebirgsdivision gehörte, die auf der Insel Kephallonia tausendfachen Mord an entwaffneten Kriegsgefangenen beging und gegen den die Staatsanwaltschaft München nicht vorgehen will. Wir erinnern an die Angehörigen des Polizei-Gebirgsjäger-Regiments 18, die an der Deportation der Athener Juden nach Auschwitz beteiligt waren.

Im Kameradenkreis der Gebirgstruppe sind noch ca. 2000 ehemalige Wehrmachtsangehörige organisiert. Nach historischen Erkenntnissen des AK Angreifbare Traditionspflege ist nicht die Frage, wer von ihnen an NS- und Kriegsverbrechen beteiligt war, sondern wer es NICHT war. Es ist bekannt, dass ganze Kompanien gemeinsam an unvorstellbar grauenhaften Massakern beteiligt waren, wie die aus Mittenwald stammende 12. Kompanie des Gebirgsjäger-Bataillons 98, die im nordgriechischen Kommeno 347 Kinder, Frauen und sonstige Zivilisten hinmetzelten. Einige der noch lebenden Mörder wohnen nach wie vor in Mittenwald.

Der „Kameradenkreis der Gebirgstruppe e.V." ist als gemeinnützig anerkannt und wird vom Verteidigungsministerium ständig hofiert. Es stellt dem Kameradenkreis Einrichtungen der Bundeswehr für Saufabende und andere Versammlungen zur Verfügung, schickt seine Musiker zu den Kriegsverbrecherfeiern auf dem Hohen Brendten bei Mittenwald und entsendet den Staatssekretär im Verteidigungsministerium Christian Schmidt (CSU), Mitglied im Kameradenkreis, als seinen offiziellen Vertreter zur Pfingstfeier dieser „Selbsthilfevereinigung für Kriegsverbrecher" auf den Hohen Brendten. Dort traf er Pfingsten 2007 u.a. auf den Kriegsverbrecher, Kameraden und Parteigenossen Scheungraber und die Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger. Im Gegensatz hierzu verbot der österreichische Verteidigungsminister Darabos seinen Soldaten die Teilnahme an der Pfingstfeier 2007.

Der AK Angreifbare Traditionspflege fordert:

- Entzug der Gemeinnützigkeit des Kameradenkreises der Gebirgstruppe!
- Verbot der Pfingstfeier des Kameradenkreises auf dem Hohen Brendten!
- Einstellung der Unterstützung des Kameradenkreises durch das Verteidigungsministerium!
- und vor allem: Entschädigung der Opfer der Gebirgstruppe – Bestrafung der Täter!

Dieses Jahr findet die Gedenkfeier am Hohen Brendten bei Mittenwald am ersten Maiwochenende statt. Hier das vorläufige Programm der Proteste dagegen (ohne Gewähr):

Samstag, 3. Mai 2008
11 Uhr: Kundgebung und Demo durch das Zentrum von Mittenwald
13 Uhr: ZeitzeugInnen-Veranstaltung

Sonntag, 4. Mai 2008
9 Uhr: Kundgebung in Mittenwald und Protest gegen das Gebirgsjägertreffen am Hohen Brendten

Weitere Informationen unter www.nadir.org/mittenwald sowie unter http://www.nrw.vvn-bda.de/ (dort unten rechts auf Google Search „Mittenwald Gebirgsjäger" klicken).

Pressemitteilung, 4. März 2008
AK Angreifbare Traditionspflege NRW
angreifbare.tradition@freenet.de ■

Staatlich subventionierter Geschichtsrevisionismus

BERLIN. Durch Kabinettsbeschluss wurde jetzt die Einrichtung einer Erinnerungs- und Dokumentationsstätte über Vertreibungen in Berlin beschlossen. Die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Ulla Jelpke, erklärt dazu:

„Der Kabinettsbeschluss öffnet den Weg in staatlich subventionierten Geschichtsrevisionismus.

Für das beschlossene „Sichtbare Zeichen" gibt es keine Notwendigkeit.

1400 bereits über die Republik verteilte Mahnmale und andere sichtbare Zeichen sollten genug sein. Warum soll nun für 30 Millionen Euro eine neue Ausstellung her? Dass sie nur wenige Meter vom Holocaust-Mahnmal entfernt im Berliner Deutschland-Haus eingerichtet werden soll, ist das äußere Zeichen dafür, dass hier Geschichte manipuliert wird. Die Deutschen werden als Opfer dargestellt. Dafür, dass sich diese Geschichtsklitterung auch inhaltlich widerspiegelt, bürgt, dass der Bund der Vertriebenen „angemessen" an der Gestaltung beteiligt werden soll. Das ist ein Paradox. Der Bund der Vertriebenen hat in der Vergangenheit oft genug bewiesen, wes Geistes Kind er ist. Erst vor zwei Jahren hat seine Chefin Erika Steinbach behauptet, Polen und die Tschechoslowakei hätten schon lange vor dem Zweiten Weltkrieg die Vertreibung der Deutschen geplant, Hitler habe nur „die Tore aufgestoßen". Die eigene Ausstellung des BdV „Erzwungene Wege" relativiert den Nationalsozialismus. Der Holocaust wird als Geschichte einer Vertreibung erzählt. Das passt zur Geschichte des BdV, der in den 50er Jahren ein Sammelbecken für NSDAP-Mitglieder war.

Die pauschale Würdigung von „Vertriebenen" ist auch deswegen unangebracht, weil unter ihnen zahlreiche faschistische Täter waren.

Währenddessen leben in Polen, der Sowjetunion, den jugoslawischen Nachfolgestaaten, Albanien, Griechenland und vielen anderen Staaten immer noch Menschen, die unter Massakern der Wehrmacht gelitten haben.

Ich fordere deshalb die Bundesregierung auf, die für die Vertriebenenschau vorgesehen Millionen in die Entschädigung der Opfer des Dritten Reiches zu stecken. Das wäre ein angemessenes, sichtbares Zeichen."

Ulla Jelpke, MdB
Innenpolitische Sprecherin
Fraktion DIE LINKE ■

Aufarbeitung der Euthanasie-Verbrechen in Schwerin

Am 11. März 2008 hat unter dem Motto „Medizinverbrechen in Schwerin in der Zeit des Nationalsozialismus“ in den HELIOS-Kliniken die zweite Vortragsveranstaltung zur Aufarbeitung der Euthanasie-Verbrechen in Schwerin zusammen mit der Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern e.V. stattgefunden. Seit dem Antritt von Prof. Dr. Andreas Broocks als Leiter der Flemming-Klinik hat sich bei der öffentlichen Aufarbeitung der Euthanasie in Schwerin sehr viel getan. Zunächst wurde in einem Vortrag über „Denkzeichen“ in Pirna über 16 Schautafeln – mit durch Vokabeln der Euthanasie verfremdeten Kunstnachdrucken auf dem Weg der Opfer zur Vernichtung durch Pirna – zur Erinnerung an die Tötungsstätte Sonnenburg informiert. Margret Hamm sprach als Vertreterin der Euthanasie-Geschädigten über den langen Kampf der Opfer um Anerkennung und Entschädigung. Über Jahrzehnte wurden die Euthanasieopfer in Westdeutschland nicht als Opfer der Nazi-Diktatur anerkannt und nicht nach dem Bundesentschädigungsgesetz entschädigt. Erst Ende der neunziger Jahre wurde eine Entschädigung von 5.000 DM für jedes Opfer vereinbart und später eine Rente für die Opfer erwirkt, die aber mit 120 Euro monatlich deutlich unter vergleichbaren Entschädigungen liegt und die Opfer erneut diskriminiert. Leider wurden die Euthanasie-Opfer auch in der DDR nicht als „Opfer des Faschismus“ anerkannt. Die eingegrenzte Definition von Opfern des Faschismus als aktive Widerstandskämpfer gegen den Faschismus konnte einer umfassenden Berücksichtigung aller Opfergruppen der Nazi-Diktatur nicht gerecht werden.

Der Archivar Jens-Uwe Rost vom Schweriner Stadtarchiv stellte im Verlaufe der Tagung Teile seiner Forschungen zur Zwangssterilisation auf der Basis des faschistischen „Erbgesundheitsgesetzes“ im Bereich des Schweriner Gesundheitsamtes dar. Er arbeitete heraus, dass die medizinische und soziale Stigmatisierung von bis zu einem Prozent der Bevölkerung auf dem Gebiet des damaligen Deutschen Reiches als „lebensunwertes Leben“ vor allem die sozial schwächeren Schichten der Bevölkerung traf und auch zur Abschreckung und Bestrafung politischer Gegner und unangepasster Menschen diente.

Derzeit wird in den Schweriner HELIOS-Kliniken und anschließend im Schweriner „Dokumentationszentrum für die Opfer der Diktaturen in Deutschland“ eine Ausstellung über Prozesse gegen Euthanasie-Täter aus dem Jahre 1947 in Dresden gezeigt, die aus heutiger Sicht rechtstaatlichen Standards standhalten. Die Täter wurden zu Todesurteilen und zu hohen Haftstrafen verurteilt. Auch in Schwerin fand ein Prozess gegen Euthanasie-Täter statt, der mit Todesurteilen endeten, die später in Haftstrafen umgewandelt wurden. Einer der Hauptverantwortlichen der Euthanasie-Morde in Schwerin, der Klinkleiter Dr. Leu, konnte sich durch Flucht in den Westen seiner Verantwortung entziehen. Dort wurde er später in einem erneuten Prozess, wie viele seiner Mittäter in Westdeutschland, freigesprochen.

Nach dem ersten Symposium der HELIOS-Kliniken zur Aufarbeitung der Euthanasie-Verbrechen während der Nazi-Diktatur in Schwerin zu Jahresbeginn 2007 wurden mittlerweile zwei abgegebene Versprechen der Klinikleitung eingelöst, bemerkte der Chef der Carl-Friedrich-Flemming-Klinik, Prof. Dr. Andreas Boocks, in der Diskussion. Zum einen wurde der bei der Aufarbeitung der Euthanasie-Verbrechen verdienstvolle Freundeskreis Sachsenberg e.V. neu belebt und andererseits das Projekt der Errichtung einer Gedenkstätte für die Euthanasie-Opfer auf dem Gelände der Schweriner HELIOS-Kliniken in Angriff genommen.

Bereits Anfang Dezember 2007 hatte sich in Schwerin eine Jury für die Errichtung einer Keramik-Stele von Dörte Michaelis zum Gedenken an die Euthanasieopfer auf dem Gelände der heutigen Schweriner Flemming-Klink entschieden. Mehrere hundert behinderte Menschen wurden in der Nazi-Zeit von hier aus in Vernichtungslager überstellt. Die bunten Keramikstelen würden farbenfrohe Heiterkeit verbreiten und die Verschiedenartigkeit der Menschen symbolisieren, so die Künstlerin. Auch der Historiker Prof. Matthias Pfüller vom Verein für Politische Memoriale freut sich über die Wahl. Wir bräuchten keine neue „Kranzabwurfstelle“, dafür aber Orte, die zu diesem Thema neue Zugänge eröffneten. Das Denkmal soll am 2. Mai 2008 eingeweiht werden. Am selben Tag wurde 1945 das KZ Wöbbelin in der Nähe von Ludwigslust befreit. An der Finanzierung des Projektes haben sich neben den Helios-Kliniken und der Landeszentrale für Politische Bildung auch die Ostdeutsche Sparkassenstiftung und die VVN-BdA Schwerin beteiligt.

Axel Holz ■

DVU will offenbar zur Landtagswahl 2009 in Thüringen antreten – freie Kräfte unterstützen NPD

THÜRINGEN. Im Spätsommer des nächsten Jahres sind in Thüringen Landtagswahlen. Aufgrund der internen Absprachen im „Deutschlandpakt“ zwischen NPD und DVU hätte eigentlich die DVU das alleinige Recht anzutreten. Jedoch wurden nach den letzten Wahlschlappen der DVU Stimmen laut, über eine Aufkündigung des Paktes nachzudenken.

Auf ihrem Landesparteitag am vergangenen Sonntag hatte die DVU vor ungefähr 400 Teilnehmern erneut ihr Bestreben bekundet, bei den Landtagswahlen in Thüringen im nächsten Jahr antreten zu wollen. In internen nationalen Kreisen wird der Einzug einer nationalen Partei in den thüringischen Landtag als realisierbar eingeschätzt. Jedoch wurden Zweifel an der Fähigkeit der DVU geäußert: Öffentliche Auftritte der thüringischen DVU waren in der Vergangenheit eher Mangelware, heißt es auf der nationalen Internetseite „Altermedia“. Weiterhin sei man gespannt, wie unter diesen Bedingungen ein Landtagswahlkampf geführt werden solle.

Auf dem DVU-Landesparteitag war auch Matthias Faust, gescheiterter Spitzenkandidat der DVU in Hamburg, anwesend – möglicherweise um Unterstützung und Hilfestellungen zu geben. In Hamburg wurde die DVU noch von NPD-Mitgliedern unterstützt. Dieses dürfte in Thüringen nicht eintreten.

Die NPD würde offenbar gerne selber zur Wahl antreten, wird jedoch durch den „Deutschlandpakt“ noch daran gehindert. Die „Freien Kräfte Thüringen“ unterstützen mit Hilfe eines Banners „Parteien gibt es viele, Alternativen aber nur Eine! NPD!“ klar die NPD.

In der Vergangenheit wurden Bündnisse zwischen NPD und DVU, ähnlich dem jetzigen „Deutschlandpakt“, öfter aufgekündigt, wenn einer der Partner nicht mehr davon profitieren konnte. So bleibt abzuwarten, ob der Pakt bestehen bleibt und welche Partei in Thüringen antreten wird.

Zuletzt hatte man sich auf Seiten der NPD um Glättung der Wogen bemüht. In der Märzausgabe der Parteizeitung „Deutsche Stimme“ gratulierte man Dr. Gerhard Frey zu seinem 75. Geburtstag und wünschte sich und der DVU ein „Superwahljahr 2009“.

Quelle: www.endstation-gegen-rechts.de ■

Abgeschobene Familie darf zurückkehren

FRANKFURT. Mit einer bahnbrechenden Entscheidung hat das Verwaltungsgericht Frankfurt am Main den Main-Kinzig-Kreis verpflichtet, die vor gut einem Jahr abgeschobene Familie Kazan wieder zurück nach Deutschland einreisen zu lassen und ihnen Aufenthaltserlaubnisse zu erteilen. Das Grundrecht auf Schutz des Privatlebens nach Art. 8 der Europäischen Menschenrechtskonvention der Kinder der Familie sei durch die Abschiebung verletzt worden.

Die Familie lebte vierzehn Jahre lang in Deutschland, fünf der sechs Kinder sind hier geboren. Im Februar 2007 wurden alle Familienmitglieder in die Türkei abgeschoben, ein Bleiberechtsantrag war zuvor abgelehnt worden, weil der Vater, der sich inzwischen von der Familie getrennt hatte, v.a. wegen Verstößen gegen die Residenzpflicht zu Geldstrafen verurteilt worden war. Schon kurz nach der Abschiebung gründeten Freunde der Familie einen Unterstützerkreis, der für die Wiedereinreise kämpfte.

Das Gericht stellte jetzt fest, dass die hier hervorragend integrierten Kinder in der Türkei keinerlei Perspektive hätten, da sie keinerlei Bezug zum Leben in der Türkei haben und auch kein Türkisch sprechen. Daher hätten sie Anspruch auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis. Auch die Mutter der Kinder darf wieder einreisen. „Wir begrüßen die mutige Entscheidung der Verwaltungsgerichtes. Nach über einem Jahr gibt es für die Familie jetzt doch noch ein Happy-End" erklärte Timmo Scherenberg, Geschäftsführer des Hessischen Flüchtlingsrates in Frankfurt. „Das heute ergangene Urteil zeigt, dass erfolgreiche Integration stärker in ausländerrechtlichen Entscheidungen berücksichtigt werden muss. Wir hoffen, dass eine entsprechende Rechtsauffassung Schule macht und sind optimistisch, dass Familie Kazan jetzt baldmöglichst nach Hause zurückkehren kann."

Gez. Timmo Scherenberg, Geschäftsführer Hess. Flüchtlingsrat ■

Abschiebehaft wird oft zu schnell verhängt

HANNOVER. Während sich Innenminister Schünemann (CDU) schnellere Abschiebungen wünscht, klagen Menschenrechts- und Flüchtlingsorganisationen über schwere Verstöße gegen die Grundrechte bei der Abschiebepraxis. Viele Flüchtlinge säßen zu Unrecht in Abschiebehaft, so der hannoversche Anwalt Peter Fahlbusch, der in den letzten sechs Jahre 534 Flüchtlinge anwaltlich beraten und Buch über ihr weiteres Schicksal geführt hat. „154 meiner insgesamt 534 Mandanten saßen teilweise zu Unrecht in Abschiebehaft", sagt Fahlbusch. Auf fast 4000 „rechtswidrige Haftage" ist Fahlbusch nach seiner Mehrjahresstatistik gekommen – im Schnitt säße jeder Mandant 25,8 Tage zu Unrecht in Haft, mancher nur einen Tag, mancher für Monate. „Das ist doch für einen Rechtsstaat ein desaströses Ergebnis", sagt der Anwalt.

Oft sind es höhere Gerichtsinstanzen, die die Anordnungen der jeweiligen Ausländerbehörden oder auch einzelner Haftrichter in Zweifel ziehen. Fahlbusch kann dies mit einer Fülle von Fakten belegen. Da bemängelt das Landgericht Hildesheim die Inhaftierung eines 16-jährigen Minderjährigen aus dem Landkreis Peine als rechtswidrig, weil „unverhältnismäßig", da rügt das Landgericht Lüneburg, dass schwer kranke und damit reiseunfähige Menschen in Abschiebehaft genommen worden waren.

„Es kommt immer wieder vor, dass Festnahmen ohne richterlichen Haftbeschluss stattfinden oder Anhörungen ohne Ehepartner stattfinden", so der Anwalt. Dabei sei die Anhörung zwingend vorgeschrieben. Einer seiner Mandanten sei vor Jahren sogar an seinem Arbeitsplatz festgenommen worden, obwohl gar kein Haftgrund vorgelegen habe. „In der Gesamtheit ergibt sich ein hochgradig erschreckendes Bild." Vor allem öffentliches Desinteresse und eine fehlende Lobby macht der Jurist dafür verantwortlich, dass sich kaum jemand für diese „vergessenen „ Gefangenen interessiere. „Wenn ich meine Frau länger als eine Woche einsperre, droht mir eine Haftstrafe von mehr als einem Tag." Doch im Flüchtlingsbereich legten manche Behörden wohl andere Maßstäbe an, obwohl es sich nicht um Kriminelle handele. „Ihr einziges Vergehen besteht darin, nicht dieses Land verlassen zu wollen." Nicht glücklich findet der Anwalt auch, dass Beschwerden bei Abschiebehaftverfahren bei den Landgerichten landeten und dort von Richtern bearbeitet würden, deren täglich Brot Kapitalverbrechen seien und die oft wenig Zeit hätten, sich auf komplizierte Asylverfahren einzulassen."

„Abschiebehaft sollte eigentlich nur die allerletzte Möglichkeit bleiben", sagt Kai Weber vom niedersächsischen Flüchtlingsrat. „Wir fragen uns oft: Wo bleibt der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit?"

Früher habe ein Erlass die Behörden aufgefordert, bei allen ihren Schritten den Verhältnismäßigkeitsgrundsatz zu beherzigen. Doch heute dränge Innenminister Schünemann die Kommunen geradezu, möglichst schnell und möglichst viele Menschen abzuschieben: „Da steckt doch System dahinter", so Weber.

Derzeit sitzen in Niedersachsen nach Auskunft des Justizministeriums 64 Menschen in Abschiebehaft, darunter 56 Männer und acht Frauen. *bee* ■

Schünemann macht Ausländerbehörden Druck

HANNOVER. Innenminister Uwe Schünemann (CDU) hat ein härteres Vorgehen bei Abschiebungen von Ausländern angekündigt, die sich widerrechtlich in Deutschland aufhalten. „Wir müssen überlegen, wie wir Abschiebungen wieder erleichtern können", sagte der CDU-Politiker am Montag, den 10.3. in Hannover. Im vergangenen Jahr seien 663 Menschen von den niedersächsischen Ausländerbehörden abgeschoben worden, berichtete der Minister. „1360 Personen hätten wir aber abschieben müssen", sagte er. Als Gründe für das Scheitern von mehr als jeder zweiten Abschiebung nannte der Minister unter anderem, dass einige Menschen untertauchten, sich als fluguntauglich bezeichneten oder Asylfolgeanträge stellten. Schünemamnn kündigte an, sich für bundesweite Sammel-Charterflüge von Abzuschiebenden einzusetzen. Außerdem sollen künftig Fachärzte für Flugmedizin zu Rate gezogen werden. Außerdem müsse die Zusammenarbeit mit den ausländischen Behörden verbessert werden. Schünemann forderte mehr Rückführabkommen. Der Innenminister bezifferte die durchschnittlichen Kosten pro Abschiebung auf 1400 Euro. Die Zahl der Asylbewerber in Niedersachsen ist im vorigen Jahr im Vergleich zu 2006 um vier Prozent auf 1673 Menschen zurückgegangen. 13 Frauen und Männer wurden 2007 als Asylbewerber anerkannt. Die meisten Asylbewerber kamen aus dem Irak (444 Personen) Serbien (206), der Türkei (103) und Syrien (100).

Massive Kritik an den von Innenminister Schünemann geplanten Maßnahmen zur Beschleunigung von Abschiebungen kommt von den Landtagsgrünen. Sie kritisieren, dass in Niedersachsen Abschiebungen aus der Psychiatrie heraus und unter Hinnahme von Familientrennungen an der Tagesordnung seien. „Wenn Ärzte die Reiseunfähigkeit feststellen, dann ist das begründet. Die Grundsätze der Bundesärztekammer für Abschiebungen müssen endlich auch in Niedersachsen beachtet werden", sagte die flüchtlingspolitische Sprecherin Filiz Polat. Auch dürfe die Abschiebehaft immer nur das letzte Mittel sein. Die hohe Quote der rechtswidrigen Haftanordnungen sei „skandalös".

Die Grünen-Politikerin warf Schünemann vor, diejenigen Personen schnell abschieben zu wollen, die nicht vom Bleiberecht erfasst würden: „Diese Regelung ist zu restriktiv und bedroht gerade Alte und Kranke. Die will der Innenminister jetzt los werden." Mehr als die Hälfte der Geduldeten seien schon länger als sechs Jahre hier. „Nach so langer Zeit sind viele davon faktisch Inländer. Sie noch abzuschie-

ben verstößt gegen die Europäische Menschenrechtskonvention", sagte Polat.

In dem Konstrukt der Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Rückführung" sieht Polat ein „strukturelles Problem". In Gremien dieser Art würden weitreichende Entscheidungen getroffen, die der parlamentarischen Kontrolle entzogen werden.

Quelle: Quelle: HAZ 11.3.08 und PM Bündnis90/Die Grünen Landtag Nds. - Hannover, 11.03.2008 ■

Fortress Europe

Seit 1988 sind mindestens 11.778 Personen entlang der europäischen Grenzen gestorben. Davon sind 4.226 Leichen immer noch im Mittelmeer verschollen. Im Mittelmeer, sowie im Atlantischen Ozean Richtung Spanien starben 8.109 Personen. 2.487 sind im Kanal von Sizilien ertrunken, zwischen Libyen, Tunesien, Malta und Italien, davon 1.529 verschollen; 64 weitere Tote zwischen Algerien und Sardinien, Italien. Weitere 4.004 Tote zwischen Marokko, Algerien, Mauritanien, Senegal und Spanien, beim Überqueren der Meeresenge von Gibraltar oder in der Nähe der Kanarischen Inseln, davon sind 1.956 verschollen. 885 Tote in der Ägäis zwischen der Türkei und Griechenland, davon sind 461 verschollen. 553 Tote in der Adria, zwischen Albanien, Montenegro und Italien, davon sind 250 verschollen. Im Indische Ozean, 597 Tote zwischen Comore und die französisches Insel Mayotte. Aber das Meer wird nicht nur mit normalen Schiffen überquert, sondern ebenfalls versteckt in Transport-Kargos. Dabei sind 141 Männer erstickt oder ertrunken.

Die Sahara ist eine gefährliche, unvermeidbare Passage, um zum Meer zu gelangen. Migranten durchqueren sie mit Lastwagen und anderen Fahrzeugen zwischen Sudan, Schad, Niger und Mali einerseits und Libyen und Algerien andererseits. Hier sind seit 1996 mindestens 1.579 Personen gestorben. Überlebende erzählen, dass jede Reise Opfer kostet. Und damit könnte die Anzahl von Toten noch größer werden. Die Statistiken beinhalten ebenfalls die Opfer der Massenabschiebungen, die in Tripoli, Algerien und Rabat von den Autoritäten vorgenommen werden, und die dabei die Migranten einfach in wüstenähnlichen Grenzgebieten aussetzen.

In Libyen kommen ebenfalls ernsthafte Misshandlungen von Migranten vor. Es gibt keine offiziellen Zahlen, aber in 2006 hat Human Rights Watch und Afvic Tripoli wegen Verhaftungen, Schlägen und Folterungen in Migranten-Zentren angeklagt. Von diesen Zentren werden 3 von Italien finanziert. Mindestens 560 Personen starben während gewaltsamen Massenausschreitungen gegen Durchwanderer im September 2000 in Zawiyah, im Nord-Westen von Libyen.

In Lastwagen mitfahrend sind bereits 282 Personen tot aufgefunden worden. 182 Migranten sind beim Überqueren von Grenzflüssen ertrunken, die Mehrheit davon in der Oder-Neisse, zwischen Polen und Deutschland, in der Evros, zwischen der Türkei und Griechenland, in der Sava zwischen Kroatien und Bosnien und in der Morava zwischen der Slovakei und Tschechien. 112 Personen sind unterwegs in den eisigen Grenzgebieten in den Bergen erfroren, dies vor allem in der Türkei und in Griechenland. An der griechischen Grenze mit der Türkei gibt es entlang des Evros Flusses immer noch Minenfelder. Hier sind, beim Versuch nach Griechenland zu gelangen, mindestens 88 Personen gestorben.

147 Migranten sind von Grenzpolizisten erschossen worden, davon 35 in Ceuta und Melilla, spanische Enklaven in Marokko und 28 im Van Distrikt in der Osttürkei, nahe der Iranischen Grenze. Ein paar Leute sind ebenfalls von der frnzösischen, deutschen, spanischen und Schweizer Polizei erschossen worden. 41 Männer sind tot aufgefunden worden, versteckt in den Fahrgestellen von Flugzeugen. 23 Leute sind in Calais gestorben, oder unter Zügen in dem Channel Tunnel, beim Versuch nach England zu reisen. Wiederum 12 sind unter anderen Zügen zu anderen Grenzen gestorben und 3 beim Versuch den Channel zu durchschwimmen.

Quelle: fortresseurope gabriele del grande /flucht mailing listflucht@ nds-fluerat ■

Internationale Woche gegen Rassismus: Alle anders – alle gleich

„Rassismus und Fremdenfeindlichkeit können überwunden werden, wenn sich viele Menschen dafür einsetzen." Dies ist der Ausgangspunkt für den Interkulturellen Rat (IR) gemeinsam mit über 40 bundesweiten Organisationen erneut zur regen Teilnahme an den Internationalen Wochen gegen Rassismus aufzurufen.

In diesem Jahr finden die Wochen vom 10. bis zum 23. März statt. Die Aktivitäten zeigen Wirkung. „Jedes Jahr gibt es in Deutschland mehr Veranstaltungen, die sich dieser Thematik widmen", erklärt Torsten Jäger, Geschäftsführer des Interkulturellen Rates. So gab es im letzten Jahr über 500 Veranstaltungen.

Schweinfurt. Anlässlich der „Aktionswochen gegen Rassismus" demonstrierten Celtis-SchülerInnen gegen Rassismus. Mit Plakaten, wie „Stoppt den Rassismus", „Rassismus nicht mit uns!" oder „Gegen Rassismus – für Zivilcourage", zogen SchülerInnen des Schweinfurter Celtis Gymnasiums von ihrer Schule durch die Innenstadt zum Jugendkulturzentrum „Stattbahnhof", wo die Demo mit einer kurzen Abschlusskundgebung endete.

„Fremdenfeindliche Kampagnen sind für große Volksparteien ein Risiko geworden", gibt Jürgen Micksch, Vorsitzender des Interkulturellen Rates, zu bedenken. Die Gewerkschaften beteiligen sich jedes Jahr mit zahlreichen Aktivitäten an der internationalen Woche gegen Rassismus. So hat die IG BCE beispielsweise auch in diesem Jahr in Zusammenarbeit mit dem Interkulturellen Rat ein Faltblatt erstellt, in dem Ideen und Anregungen für die Durchführung von Veranstaltungen zusammengestellt sind.

Das Flugblatt und eine Broschüre können auf der Internetseite des Interkulturellen Rates heruntergeladen werden unter: www.interkultureller-rat.de sowie unter www.gelbehand.de/ir2008

Quelle Aktiv+Gleichberechtigt, 3/2008, hrsg vom Kumpelverein ■

Rassismus entgegentreten

BERLIN. Zum Auftakt der bundesweiten „Aktionswoche gegen Rassismus" erklärt die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Ulla Jelpke:

Naziüberfälle auf Migrantinnen und Migranten, Linke oder Punks sind nur eine Seite der Facette. Die andere Seite besteht aus Hetzkampagnen von CDU/CSU-Politikern und Teilen der Presse gegen „Ausländergewalt".

Zuwanderer insbesondere aus islamischen Ländern werden von Regierungspolitikern pauschal unter Terrorismusverdacht gestellt. Das im vergangenen Jahr in Kraft getretene Zuwanderungsgesetz dient

→

vor allem der Flüchtlingsabwehr und ist in Gesetzesform gegossener Stammtischpopulismus.

Durch Wahlkämpfe und Medienkampagnen auf dem Rücken von Migrantinnen und Migranten werden Rechtsextreme zu ihren Übergriffen ermutigt. Neonazis können sich als Vollstrecker eines scheinbaren Volkswillens sehen.

Daher gilt es, dem Rassismus aus der Mitte der Gesellschaft genauso entgegenzutreten wie den Neonazis der NPD – nicht nur in einer Aktionswoche gegen Rassismus, sondern auch dann, wenn dumpfer Rassismus in Parlamenten salonfähig gemacht wird.

Ulla Jelpke, MdB
Innenpolitische Sprecherin
Fraktion DIE LINKE ■

Flüchtlinge in Katzhütte brauchen dringend Unterstützung

Seit gut zwei Wochen wenden sich die BewohnerInnen des Asylbewerberheims in Katzhütte mittels öffentlicher Erklärung, Pressekonferenz, Einladung zum Besuch des Heimes und verschiedenen Protestaktionen an die Öffentlichkeit, um so auf die unerträgliche Lebenssituation, zu der dieses Lager zwingt, hinzuweisen und um die bedingungslose Schließung des Isolationslagers zu fordern.

Den Auftakt des Flüchtlingsprotestes in Katzhütte bildete eine öffentliche Erklärung, in der die BewohnerInnen in neun Punkten die unerträgliche Lebenssituation des Lagers darlegen.

Am 11. März 2008 luden die BewohnerInnen schließlich zu einer Pressekonferenz und einem öffentlichen Besuchstermin in ihren Wohnort – das Lager. Die Lagerleitung versuchte dies mittels eines Großaufgebots an Polizei zu verhindern, was ihr jedoch wegen der Entschlossenheit der BewohnerInnen nicht gelang.

In beiden Fällen hatte sich Herr Sbaih ein palästinensischer Flüchtling aus dem Lager mit seinem Namen und seiner Handy Nummer als Kontaktperson zur Verfügung gestellt.

Damit hat er nun den Zorn des Landratsamts Saalfeld-Rudolstadt und des Thüringer Innenministeriums, die an der gezielten Ausgrenzung und Isolierung von Flüchtlingen festhalten wollen, auf sich gezogen. Am Montag den 17. März 2008 kam eine Abordnung des Landratsamtes zu ihm nach Katzhütte. Man zeigte ihm einen neuen palästinensischen Pass und deutete an, dass man ihn jetzt sehr schnell nach Jordanien abschieben wolle, ein für Sbaih fremdes Land, denn er kommt aus dem Westjordanland.

Doch neben der Peitsche brachte das Landratsamt scheinbar auch noch das Zuckerbrot, indem man Sbaih nahe legte, einen Umverteilungsantrag in ein anderes Heim zu stellen, der in seinem Fall doch beste Aussichten hätte. Man möchte ihn

also, in der Hoffnung, die verbleibenden Flüchtlinge würden dann wieder in die staatlich erwünschte Lethargie zurück verfallen, aus dem Lager Katzhütte entfernen. Doch damit nicht genug an Besuchen, die Herr Sbaih an diesem Tag bekam. Einige Stunden später kam der örtliche Leiter des Polizeireviers vorbei.

Dieser betonte, dass die Heimleitung künftig „von dem Hausrecht Gebrauch machen werde", d.h. Protestaktivitäten, Pressekonferenzen u.ä. künftig notfalls mit Gewalt verhindert werden würden, und dass er (den man schon im Vorfeld verantwortlich macht) dafür juristisch zur Rechenschaft gezogen werde – von empfindlichen Geld- bis hin zu Haftstrafen. Des Weiteren ermahnte er, dass Protestaktivitäten außerhalb des Geltungsbereiches der Hausordnung mindestens 48 Stunden vorher bei dem Landratsamt zu genehmigen seien.

Trotz dieser Einschüchterungsversuche lassen sich die Flüchtlinge in Katzhütte nicht von ihrer Entschlossenheit abbringen, weiterhin für die Schließung des Isolationslagers zu kämpfen. Dabei wird es jedoch um so wichtiger, Solidarität mit den Katzhüttener Flüchtlingen zu üben. Eine Abschiebung von palästinensischen Flüchtlingen ins Westjordanland ist auf lange Sicht nicht möglich, nach Jordanien jedoch denkbar. Zwar hat dieses Land bereits 1,8 Mio. palästinensische Flüchtlinge aufgenommen und derzeit suchen dort hunderttausende von IrakerInnen Zuflucht vor Krieg und Besatzung. Doch mit entsprechenden Zahlungen und diplomatischem Druck, könnte Jordanien durchaus zur Einreise eines palästinensischen Flüchtlings aus Deutschland gebracht werden. Und der deutsche Staat lässt sich die Aufrechterhaltung seines Lagersystems bestimmt noch so einiges kosten…

Vor dem Hintergrund dieser jüngsten Entwicklungen in Katzhütte rufen wir zur Intensivierung der Unterstützung auf.

Am Ostermontag werden die Flüchtlinge aus Katzhütte in Saalfeld/Thüringen eine Öffentlichkeitsaktion durchführen. Geld wird dringend für die Mobilisierungen, die Treffen und die Kampagnenarbeit der Flüchtlinge in Thüringen gebraucht.

Allein die Anreise von Flüchtlingsaktivisten aus anderen Teilen Thüringens für die Vorbereitung und Durchführung des öffentlichen Hearings im Lager Katzhütte fielen mehrere hundert Euro Fahrtkosten an.

Spenden an: The Voice e. V., Göttingen, Kontonr:127 829, BLZ: 260 500 01, Sparkasse Göttingen, Stichwort: Katzhütte

The VOICE Refugee Forum;
http://thevoiceforum.org ■

Unerhörter Umgang mit Flüchtlingen

WUNSIEDEL. Sirwan M. lebt als geduldeter Flüchtling in Wunsiedel. Und wie alle Iraker hat er keinen gültigen Pass, denn gültige irakische Pässe sind derzeit nicht zu erhalten. Für die Polizei Wunsiedel eine Straftat, eine so genannte „Nichterfüllung der Passpflicht". Seit 2006 ermittelt sie daher gegen Sirwan M. Der junge Iraker wird immer wieder festgehalten, kontrolliert und verhört. Obwohl die Anzeigen der Polizei bereits dreimal von der Staatsanwaltschaft abgelehnt wurden und vor Gericht keine Chance auf Erfolg haben, reißen die Schikanen nicht ab. „Hier wird ein Mensch ohne Grund psychisch zerstört", erklärt Tobias Klaus vom Bayerischen Flüchtlingsrat nach Gesprächen mit dem Iraker.

Immer wieder wird Sirwan M. auf der Straße aufgehalten und sein Pass kontrolliert. Dann folgen die Fragen: „Warum hast du keinen Pass? Wo arbeitest du? Bist du ein Straftäter?" Ca. 30 Minuten dauert eine solche Kontrolle – immer unter den abwertenden Blicken der Öffentlichkeit, denn dass er kein Straftäter ist, wissen die Passanten nicht.

Bereits dreimal wurde er auf die Polizeiwache mitgenommen, dort über Stunden festgehalten und musste sich komplett entkleiden. Mehrfach wurde er vorgeladen. Er erhält Anzeigen, die juristisch haltlos aber psychisch vernichtend sind. „Ich werde behandelt wie ein Krimineller und fühle mich wie auf der Flucht. Ich bin hier nicht erwünscht, aber wo soll ich sonst hin? Ich habe Angst auf die Straße zu gehen, aber sie kommen ja auch in die Unterkunft", sagt Sirwan M. Zu der Angst trägt auch der abwertende Tonfall gegenüber Flüchtlingen bei. So berichtet Sirwan M., dass er und andere Flüchtlinge generell mit „Du" angeredet werden.

In das Gesamtbild fügen sich die Schikanen durch flankierende Maßnahmen der Ausländerbehörde, welche ihm eine „freiwillige Rückkehr" in das Bürgerkriegsland rät, anstatt seine Integration zu fördern.

Das Konzept scheint aufzugehen: Sirwan M. kann momentan nur mit Mühe davon abgehalten werden auszureisen – trotz der Gefahr im Irak.

„Wir fordern ein Ende der ziellosen Ermittlungen und Einschüchterungen. Die Polizei Wunsiedel hat wichtigeres zu tun als in Sackgassen zu ermitteln!", fordert Tobias Klaus vom Bayerischen Flüchtlingsrat.

Bayerischer Flüchtlingsrat,
www.fluechtlingsrat-bayern.de ■

2000 demonstrierten gegen Ausbau der staatlichen Überwachung

Am Samstag, den 15. März, haben sich auf dem Roncalliplatz in Köln circa 2000 Bürger versammelt, um gegen den Ausbau der staatlichen Überwachung und die Einschränkung der bürgerlichen Grundrechte zu demonstrieren. Organisiert wurde die Demonstration von einem breitem Bündnis bestehend aus Bürgerrechtsorganisationen, Berufsverbänden und Parteien (Grüne, Linke, Chaos Computer Club Cologne, Freiheit ist Sicherheit, AK Vorrat, Verband der freien Lektorinnen und Lektoren e.V., Piratenpartei, FoeBuD).

Die Auftaktveranstaltung zur Demo begann gegen 14 Uhr. Es sprach unter anderem Dr. Frank Überall, Politologe und freier Journalist, der in seiner Rede betonte, dass „Politiker machen, was sie wollen, ohne auf geltende Gesetze zu achten – und dies unter dem Vorwand, dass sie darauf achten wollen, dass die Gesetze eingehalten werden." Des weiteren wies er auf die Gefahren der massenhaften Speicherung von Daten hin. „Wo Daten einmal vorhanden sind, wachsen die Begehrlichkeiten, sie auch zu nutzen. Und wenn wir heute schon Wirtschaftsspionage nicht wirksam verhindern können, wie wollen wir dann garantieren, dass sich niemand an unseren Daten hinterrücks bedient?" Außerdem sprach padeluun von FoeBuD e.V., welcher sich sehr optimistisch für die Zukunft zeigte und ein „Fenster für eine breite Datenschutzbewegung" geöffnet sieht. Die Kommunikationsgesellschaft beginne zu verstehen, dass „Überwachung immer Unsicherheit bedeutet und niemals Sicherheit."

Anschließend bewegte sich der Demonstrationszug durch die Kölner Innenstadt und kehrte gegen 16 Uhr zur Abschlusskundgebung auf den Roncalliplatz zurück. Auf der Abschlusskundgebung sprachen Vertreter der aufrufenden Organisationen, unter anderem die Vizepräsidentin des deutschen Bundestages, Petra Pau (Die Linke), und MdB Volker Beck Bündnis 90/Die Grünen).

Eröffnet wurde die Abschlusskundgebung von Annika Kremer vom Bürgerrechtsbündnis „Freiheit ist Sicherheit", die in ihrer Rede betonte, dass „Freiheit und Sicherheit keine Gegensätze sind, sondern zwei Werte, die eine große Rolle für unsere Gesellschaft spielen. Wir können weder ohne das eine, noch ohne das andere leben – und deswegen sollten wir denjenigen Einhalt gebieten, die genau das von uns verlangen. [...] Wir können in Sicherheit leben, ohne unsere Privatsphäre dafür aufzugeben – wir müssen dies sogar anstreben, denn langfristig kann unsere Gesellschaft weder ohne das eine noch ohne das andere auskommen."

Anschließend sprach Petra Pau. Sie kritisierte die Entwicklung in Staat und Gesellschaft in Bezug auf Überwachung: „Ohne Datenschutz kann es keine Demokratie geben. [...] Gegenwärtig erleben wir, wie ein demokratisch verfasster Rechtsstaat Stück für Stück zu einem präventiven Sicherheitsstaat umgebaut wird. Andere sagen Überwachungsstaat. Ich finde, das ist nicht hinnehmbar."

Als in besonderem Maße betroffen sprach Andrea Kamphuis als Vertreterin des Verbandes der freien Lektorinnen und Lektoren (VFLL e.V.): „Lektoren untersuchen die ihnen vorgelegten Artikel und Bücher auch auf inhaltliche Fehler. Dazu ist es unumgänglich, unter anderem im Internet zu recherchieren und Webseiten zu besuchen, die sich mit teils fragwürdigem Inhalt befassen, so zum Beispiel Rechtsextremen, Selbstmordbombern, aber auch militärischen Anlagen, Waffen und ähnlichem. Interpretiert man diese Besuche auf den Webseiten falsch, dann kann sehr schnell ein ganz falsches Bild von der Person entstehen. „Wir müssen uns die nötigen Informationen da beschaffen, wo wir sie kriegen können. Ich habe schon Webseiten besucht, mit deren Betreibern ich unter keinen Umständen in Verbindung gebracht werden möchte. Neugier gehört zum Metier. Wo im Netz ich mich herumtreibe, geht keinen etwas an; niemand hat das Recht, daraus ein Profil zu erstellen oder Rückschlüsse auf meine Gesinnung zu ziehen."

Die Veranstalter waren mit dem Ergebnis der Demonstration sehr zufrieden. Waren es im November letzten Jahres gerade einmal 500 Menschen, die sich an einer Demonstration zum selben Thema beteiligt hatten, waren es jetzt schon 2000, der Widerstand gegen die aktuelle Sicherheitspolitik der derzeitigen Bundesregierung scheint also weiter zu wachsen. Immer mehr Bürger lassen es sich nicht mehr gefallen, dass so viele Daten über sie zentralisiert gespeichert werden sollen. Die Veranstalter hoffen, mit dieser weiteren Demonstration ein Zeichen nach Berlin gesandt zu haben, aus dem eben dies hervorgeht.

Markus Pachali ■

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse": J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg-Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; AG Antifaschismus/ Antirassismus in der PDS NRW; Angelo Lucifero (Landesleiter hbv in ver.di Thüringen); Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Rechte Bürgerkriegsphantasien Nation & Europa 3-2008

Antikommunismus, genauer gesagt der Hass auf die sozialistische und kommunistische Bewegung, ist eine der konstituierenden Eigenschaften (wenn nicht sogar die konstituierende Eigenschaft) aller faschistischen Bewegungen. In einer Zeit, in der die Totalitarismustheorie Staatsdoktrin ist, gerät diese Tatsache auch bei antifaschistisch gesinnten Menschen häufig in Vergessenheit. Der Rechten allerdings ist sie immer bewusst. Für sie steht der Feind in erster Linie links. „Nation & Europa" erinnert in der Märzausgabe, auf deren Titelseite der Linken (im Sinne der gleichnamigen Partei) attestiert wird, sie sei „auferstanden aus Ruinen" – das Ganze allerdings illustriert mit einem tristen schwarzweiß-Photo aus der DDR der fünfziger Jahre.

Klaus Hansen widmet sich dem Titelthema im ersten Artikel des Heftes. „Weshalb die Linke triumphiert: Verzweiflungswähler" betitelt er den Versuch zu erklären, warum „Die Linke" von Wahl zu Wahl zulegt, während die braunen Parteien in den alten Bundesländern ein eher marginalisiertes Dasein fristen und oft froh sein können, so viele Stimmen zu erhalten, um in den Genuss der Rückerstattung der Wahlkampfkosten durch den Staat zu gelangen. Im alten Stil beginnt er mit plattem Antikommunismus: „Die Partei, die bis 1990 SED hieß und in Mitteldeutschland eine vierzigjährige Diktatur ausübte... Todesgrenze... Mauerbauer... blutbeschmiert und gestrig". Man kennt das (nicht zuletzt von CDU/CSU und FDP) und ist nicht weiter überrascht.

Auch der Ausfall gegen die Sozialdemokratie zeugt nicht gerade von Originalität: „Oskar Lafontaine, der heutige Co-Vorsitzende der Linken, war zuvor SPD-Chef. Er verkörpert die rote ‚Volksfront' ähnlich wie einst Otto Grotewohl, der nach dem Zweiten Weltkrieg von der SPD-Spitze zur SED überwechselte und DDR-Ministerpräsident wurde. Das Odium des ‚Parteiverrats' tritt nach anfänglicher Verstimmung hinter die ideologische Wesensverwandtschaft zurück, die in solchen Personalien zum Ausdruck kommt. Auf unterer und mittlerer Ebene kooperieren Rote und Knallrote längst wie Marx und Engels. Ihr Ziel ist es, die historische Spaltung der ‚Arbeiterbewegung' zu überwinden. Koalitionen sind dazu ein zwangsläufiger Schritt. Ohnehin bezieht man sich auf die gleichen Traditionen und Idole".

Dann aber kommt Hansen zu dem Thema, das ihn umtreibt: Warum punktet die Linke, während die diversen braunen Gruppen in den alten Bundesländern bei Wahlen kaum einen Blumentopf gewinnen können? „Nur einem kleinen Teil der Linkswähler steht der Sinn nach DDR und Kommunismus. Die meisten wollen einfach nur protestieren: gegen Brachialkapitalismus und Sozialabbau, gegen Arbeitsplatzvernichtung und Rentenbetrug, gegen eine politische Fehlentwicklung, die die einen immer reicher und die anderen immer ärmer macht... Die Linke punktet vor allem in jenen Wählerschichten, die erfahrungsgemäß auch für die Rechte erschließbar sind: junge Menschen ohne Perspektive, Arbeitslose, sozial Benachteiligte. Das verwundert umso weniger, als es zwischen Links und Rechts seit einigen Jahren inhaltliche Schnittmengen gibt, die man zuvor nicht kannte. Auf manchen Gebieten fällt die Abgrenzung schwer. Etwa bei der Globalisierungskritik. Oder bei der Ablehnung deutscher Militäreinsätze im Ausland."

Abgesehen davon, dass bei auch nur halbwegs genauem Hinsehen von den angeblichen inhaltlichen Schnittmengen nichts übrig bleibt, was vielleicht doch mehr Wähler(innen) merken, als den Rechten lieb ist, bleibt die Frage, warum Links erfolgreicher ist als Rechts, spannend – nur beantwortet der Autor sie nicht einmal ansatzweise. Er bleibt flach, betreibt Wählerbeschimpfung und erklärt damit nichts: „Die Wähler orientieren sich am Reiz der Oberfläche und neigen jener Partei zu, die durch Medienberichte und Umfrageergebnisse am ehesten geeignet erscheint, die Fünfprozenthürde zu überspringen und den Regierenden einen Denkzettel zu verpassen". Schlauer ist durch diese Erklärung niemand.

Um Rassismus geht es *Karl Richter*, der unter dem Titel „„Scheiß-Deutsche"" vom „Kampf um unsere Städte" phantasiert. Dass es sich tatsächlich um Phantasien handelt, macht z.B. ein Satz wie dieser deutlich: „...gehört dieses Vokabular längst zum hässlichen Repertoire des alltäglichen Terrors, denen (so im Original – tri) an den Brennpunkten der Überfremdung ausgesetzt sind". Für den Rassismus bemüht Richter den Altfaschisten Oswald Spengler, den er ausgiebig zitiert: „Der Mensch kann den Menschen nicht täuschen. Der Farbige durchschaut den Weißen, wenn er von ‚Menschheit' und ewigem Frieden redet. Er wittert die Unfähigkeit und den fehlenden Willen, sich zu verteidigen.... Wir können uns nicht erlauben, müde zu sein. Die Gefahr pocht an die Tür. Die Farbigen sind nicht Pazifisten. Sie hängen nicht an einem Leben, dessen Länge sein einziger Wert ist. Sie nehmen das Schwert auf, wenn wir es niederlegen, Sie haben den Weißen einst gefürchtet, sie verachten ihn nun". Als Mittel rassistischer Agitation dient Richter auch die Hetze gegen den Islam, die zur Zeit vor allem als Anti-Moschee-Kampagne daher kommt: „Während den christlichen Großkirchen ihre Schäflein davonlaufen, schießen islamische Gebetshäuser und Moscheen wie Pilze aus dem Boden – ethnisch-kulturelle Spaltpilze, die allenthalben die brüchige Asphaltdecke der christlich-säkularen Gesellschaften des Westens durchstoßen und im Begriff sind, ihnen binnen weniger Jahre ein neues, fremdes Gepräge zu verleihen. Der Kampf, der in vielen deutschen Städten um immer neue und immer größere Moscheen geführt wird, ist ein Vorpostenkrieg um die kulturelle und letztlich ethnische Dominanz".

Richters militärische Metaphern sind kein Zufall – er träumt vom Bürgerkrieg: „Abwehrreaktionen des betroffenen Organismus sind in dieser Situation etwas völlig Normales; es geht um Reflexe des Überlebens, des Territorialverhaltens, um nicht mehr und nicht weniger. Niemand wird von einer ethnischen Gruppe (‚Volk') erwarten können, dass sie sich sehenden Auges von ihrem angestammten Siedlungsraum verdrängen und durch andere ersetzen lässt. Im besten Fall behauptet sie ihr Terrain, im schlimmsten Fall werden aus Mehrheiten Minderheiten und der Terror gegen die Dagebliebenen die Regel – das Kosovo lässt grüßen". Richter phantasiert von einer Gewalt, die er sich offenbar herbeiwünscht – selten wurden in N&E Pogrome so deutlich als legitim („Abwehrreaktionen... Reflexe des Überlebens") angesprochen. *tri* ■

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

- O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 22 Euro
- O Förder-Abo, 13 Hefte 27 Euro
- O Jahres-Abo, 26 Hefte 44 Euro
- O Förder-Abo, 26 Hefte 54 Euro
- O Schüler-Abo, 26 Hefte 28 Euro
- O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,- Euro).

Erscheinungsweise: 14-täglich

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, email: gnn-koeln@netcologne.de

Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kontonummer 10419507